

Nachrichten für Naunhof

Amtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

3. Heft, Sonntagsbeilage

Telefon Nr. 1

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staudnitz, Threna etc.

Erzheim: wöchentlich dreimal: Die Freitag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr Bezugspreis vierteljährlich 2 Mk. 10 Pfg., monatlich 70 Pfg., durch die Post bezogen inkl. der Postgebühren 2 Mk. 20 Pfg. Anzeigenpreis: die sechsgehaltene Zeile 20 Pfg., auswärts 25 Pfg. Amtlicher Teil 40 Pfg. Reklamezeile 50 Pfg. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vorm.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Kuppelung, Waldbrand, Betriebsstörung im Betrieb der Druckerei oder anderer Ursachen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Ersetzung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 6.

Sonntag, den 12. Januar 1919.

30. Jahrgang.

Amtliches.

Sitzungsbericht.

In der gestrigen Sitzung des Stadtrats, der Beigeordneten und Beauftragten des Arbeiterrats ist folgendes beraten und beschlossen worden.

1. Die Baugesuche der Herren Fabrikbesitzer Adolf Arnold — Neubau eines Kontors und einer Kleiderablage an das Fabrikgebäude Babergasse 6 —, Kaufmann Hans Becker — Neubau eines Nebengebäudes auf dem Grundstück Ecke Schiller- und König-Albert-Strasse —, Fabrikbesitzer Lemisch — Neubau eines Nebengebäudes auf dem Grundstück Ecke Garten- und Schiller-Strasse, Kaufmann Richard Gindupel — Neubau eines Schuppens in seinem Grundstück Leipziger Strasse 12 —, Verlagsbuchhändler Müller — Neubau eines Wein- und Kulturhauses in seinem Grundstück an der Gölitzstrasse —, wurden bedingungsweise befürwortet.

2. Der für die Kleinkinderbewahranstalt Elisabethstift festgesetzte Jahresbeitrag von 600 Mk. soll zufolge eines Gesuchs auf 1000 Mk. jährlich erhöht werden.

3. Von einer Mitteilung des Kirchenvorstandes über die Höhe der Kirchenanlagen im Jahre 1919 wurde Kenntnis genommen. Es sollen zunächst die Haushaltspläne beigegeben werden.

4. Das Gaswasser wird an Herrn Stadtgulspächter Böhne unter der Bedingung überlassen, daß er in das Höchstgebot von 16 Pfg. je Zentner eintritt.

5. Von einem Gesuche einiger Gewerbetreibender um vorzuzugige Berücksichtigung bei städtischen Arbeiten nahm man Kenntnis. Nötigenfalls will man darauf zurückkommen.

6. Das mit Herrn Privatmann Otto Kofch getroffene Abkommen wegen der Landabtrennung von seinem Grundstück Schloßstraße 10 wurde genehmigt. Die Einriedigung stellt vereinbarungsgemäß die Stadt her. Die Arbeiten wurden Herrn Baumeister Dehmichen für den veranschlagten Preis von 288 Mk. übertragen. Herr Kofch trägt dazu 50 Mk. bei.

7. Von einer Zuschrift der Desinfektorenschule Dresden nahm man Kenntnis. Die Desinfektionen soll bis auf weiteres der Desinfektor Engelmann vornehmen. Das Gesuch des Desinfektors Freundel in Paunsdorf, ihn als Desinfektor hier wieder zuzulassen, wurde abgelehnt.

8. Wegen Gewährung eines Staatsdarlehens an einen Gewerbetreibenden wurde beschlossen, die selbstschuldnerische Bürgschaft zu übernehmen, wenn der Stadt die vorhandene Geschäftseinrichtung an erster Stelle verpfändet wird.

9. Von dem Wiederantritt des Schuhmanns Wildenhain nahm man Kenntnis. Der Hilfs Schuhmann Orlop soll bis auf weiteres beschäftigt werden.

10. In das Verzeichnis der ruhegehaltsberechtigten Beamten für den Landesrentenverband sollen die Gehälter so eingestellt werden, wie sie seither als pensionsberechtigt galten. Von einer Zuschrift des Landesrentenverbandes vom 23. September 1918 nahm man Kenntnis.

11. Man ist damit einverstanden, daß die durch Versicherung gedeckte Dienstfähigkeit des früheren Stadthausverwalters Eckert im Betrage von 2 500 Mk. freigegeben wird. Die dargeleistete Sicherheit von 500 Mk. soll noch innebehalten werden.

12. Der frühere hiesige Kassenbeamte Schneider soll vorübergehend zur Verwaltung der Stadtkasse eingestellt werden, mit monatlicher Kündigung ohne pensionsberechtigt zu sein bei sofortigem Antritt.

13. Dem Schulhausmann Schröder wurden 200 M. einmalige Teuerungszulage bewilligt. Eine etwaige weitere Gehaltsregelung für den Schulhausmann überläßt man dem neuzubildenden Schulvorstand.

14. Die Angelegenheit wegen Notstandsarbeiten soll weitergeführt werden, indem von einem gebildeten Ausschuss, bestehend aus dem Bürgermeister, den Herren Stadtrat Beyer, Lange, Thiemann und Schorler, Zeichnungen, die sich zu Kleinwohnungen eignen, ausgewählt werden sollen. Auch auf das Schlagen von Anock soll zurückgekommen werden.

15. Das Gesuch des Herrn Kaufmanns Becker in Leipzig-Lindenau, ihm eine Entschädigung für angeblich verloren gegangenes Aluminium zu gewähren, lehnte man ab.

16. Einer benachbarten Schulgemeinde soll ein Darlehen von 2000 M. unter den günstigsten Bedingungen aus der Sparkasse gewährt werden.

Naunhof, am 11. Januar 1919.

Der Bürgermeister,
Wüller.

Der Arbeiterrat,
Thiemann.

Die Auslegung der Wählerliste zur Volkskammer der Republik Sachsen betr.

Die hiesige Wählerliste für die am 2. Februar 1919 stattfindenden Wahlen zur Volkskammer der Republik Sachsen liegt vom

14. bis 21. Januar 1919

zu jedermanns Einsicht im Rathaus, Erdgesch., Anmeldezimmer, aus.

Einreden gegen diese Liste sind innerhalb der Auslegungsdauer bei dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll unter Beifügung der etwaigen Beweismittel anzubringen.

Naunhof, am 10. Januar 1919.

Der Bürgermeister,
Wüller.

Städtische Sparkasse Naunhof.

Rücklagenbestand: 470 000 Mark — Pfg.

Sparverkehr im Jahr 1918:

10466 Einlagen im Betrage von 2257629 Mark 87 Pfg.

3574 Rückzahlungen im Betrage v. 1290670 Mark 04 Pfg.

Raffensumme 9355640 Mark 50 Pfg.

Geschäftszeit: Jeden Werktag von vormittags 8

bis nachmittags 3 Uhr. Sonnabends durchgehend

von vormittags 8 bis mittags 2 Uhr. Verzinsung

der Einlagen mit 3 1/2 Prozent. Täglich

Zinsberechnung.

Naunhof, am 8. Januar 1919.

Die Sparkassenverwaltung.

Wüller.

Vereinsbank Naunhof in Naunhof

Kredit-Gewährung.

Diskontierung und Einziehung von Wechseln und Schecks.

Scheck- und Giro-Verkehr.

Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.

Telefon Nr. 44. Geschäftszeit: 10—11 Uhr. Postfach Nr. 10753.

Naunhof, am 11. Januar 1919.

Der Vorstand.

Wüller.

Thiemann.

Wüller.

Thiemann.

Wüller.

Thiemann.

Wüller.

Thiemann.

Wüller.

Thiemann.

Wüller.

Thiemann.

Wüller.

Thiemann.

Wüller.

Thiemann.

Wüller.

Thiemann.

Wüller.

Thiemann.

Wüller.

Thiemann.

Wüller.

Thiemann.

Wüller.

Thiemann.

Wüller.

Thiemann.

Wüller.

Thiemann.

Wüller.

Thiemann.

Wüller.

Thiemann.

Wüller.

Nach wie vor ist die Deutschnationale Volkspartei hierzu bereit! In ihrem Aufruf an die Mitbürger in Stadt und Land sagt sie: „Allen Versuchen, das gesamte Bürgertum im Kampf für Recht und Ordnung zusammenzufassen, werden wir unsere vollste Unterstützung gewähren.“

Die Deutschnationale Volkspartei kann nicht glauben, daß die Demokratische Partei die gemeinsamen Interessen des Bürgertums so weit außer Acht läßt, daß sie die gebotene Hand nicht ergreift. Inzwischen geht uns folgende Nachricht zu:

Die Demokratische Partei zu Leipzig hat in ihrer letzten Mitgliederversammlung den auf eine Anregung der Deutschnationalen Volkspartei zurückgehenden Antrag auf Herstellung der Vernetzung zur Wahl zur Nationalversammlung abgelehnt. Damit ist die Einigung des Bürgertums zum gemeinsamen Kampfe gegen die Sozialdemokratie von demokratischer Seite unmöglich gemacht.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Sur Verlängerung des Waffenstillstandes hat Marschall Foch an die deutsche Waffenstillstandskommission folgendes Telegramm gerichtet: Das Waffenstillstandsabkommen, das am 12. und 13. Dezember 1918 erneuert worden war, läuft am 17. Januar ab. Die Verlängerung über diesen Zeitpunkt hinaus bis zur Unterzeichnung des Präliminarfriedens hat nicht die Zustimmung der alliierten Regierungen gefunden. Infolge dieser Sachlage haben sich die alliierten und deutschen Bevollmächtigten, welche die Abmachungen vom 11. November und vom 18. Dezember getroffen haben, zu einer neuen Beratung zu vereinigen, um über die Verlängerung des Waffenstillstandes über den 17. Januar hinaus zu beschließen. — Diese Beratung soll am 14. oder 15. Januar in Trier stattfinden.

Die Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen haben wieder stark zugenommen. Allein am 7. Januar meldeten sich beim Bezirksamt Rehl (Baden) 41 ausgewiesene Personen und 92 andere, die unter dem Druck der politischen Verhältnisse Elsaß-Lothringen verlassen haben. Zu beiden Kategorien gehören viele Universitätsprofessoren, welche in einem Vortrag nach Rehl befristet wurden. Von den ausgewiesenen Frauen, welche die Rheinbrücke zwischen Straßburg und Rehl zu Fuß passierten, wurden lebhaft Klagen erhoben, daß die Franzosen körperliche Durchsuchungen und teilweise Entkleidungen vornähmen, zwar durch Frauen, aber in Gegenwart eines französischen Offiziers.

Nach einer New Yorker Meldung sind keine wirtschaftlichen Zwangsmassregeln gegen Deutschland seitens der Vereinigten Staaten beabsichtigt. Diese müßten vielmehr vermieden werden, wenn man Schadenersatzansprüche gegen Deutschland geltend machen wolle. Die Blockade gegen Deutschland könne aufgehoben werden, bevor der Friedensvertrag unterzeichnet sei. Gleichzeitig betont die amerikanische Regierung, daß sie sich bisher in keiner Weise über diesen Punkt geäußert habe, weil andere Länder behaupten, daß die Vereinigten Staaten Deutschland retten wollten. Wenn Frankreich und England Entschädigungen wünschen und die Ausdehnung der Anarchie in Deutschland verhindern wollten, so müßten sie eben Vian ausgeben, der zur wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands führen würde.

Über die Kosten der Revolution in Köln wurde in der dortigen Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt, daß diese sich auf 3 272 000 Mark belaufen. Von verschiedenen Rechnern wurde erklärt, daß bei den Bürgerlichen kein Zweifel darüber besteht, daß die Revolution an unserer wirtschaftlichen Krise die Hauptschuld trägt, daß eine Rettung nur möglich ist durch Rückkehr zu schaffender Arbeit, durch Wiederherstellung der Wettbewerbsmöglichkeiten unserer Industrie, durch Ausrottung jeglicher Art des Bolschewismus.

In Bosen sollen erneute Verhandlungen mit den Polen seitens der Berliner Regierung zum Abschluß eines Waffenstillstandes geführt werden. Der stellvertretende kommandierende General in Bosen, v. Bock und Polach, wird von den Polen trotz des Einspruches von Berlin aus noch immer als Geiseln festgehalten. Der Oberste polnische Volkerrat antwortete, er sei zur Entlassung des Generals bereit, wenn Gewähr geleistet würde, daß die deutschen Fliegerangriffe aufhören und die seitgenommenen Bosen in anderen Gebietsstellen freigelassen würden.

Eine Bekanntmachung der preussischen Regierung beschäftigt sich mit dem Verhältnis der preussischen Beamten zu den bevorstehenden Wahlen. Den Beamten darf außerhalb des Dienstes keine Schranke auferlegt werden zur Betätigung ihrer politischen Meinungen. Nur sind dabei die Grenzen innezuhalten, welche die Rücksicht auf die Unparteilichkeit ihrer Amtsführung erfordern. Unzulässig ist selbstverständlich jede amtliche Einwirkung eines Vorgesetzten auf die politische Betätigung der ihnen unterstellten Personen. Ebenso haben die Beamten jede aus ihrem Amt fließende Einwirkung auf die politische oder soziale Haltung der Wähler zu unterlassen.

Ungarn.

Die Regierung Karolys ist entschlossen, gegen den Terror vorzugehen, da die neuesten Ausschreitungen den letzten Rest der ungarischen Kohlenenergie bedrohen. Die Stadtbahnen sind gespart, auf weiten Strecken der Betrieb wegen Kohlenmangels zeitweilig ganz eingestellt. Falls die Sozialdemokraten der Eindämmung der kommunistischen Bewegung, die durch eine entsprechende Regelung der Verhältnisse erfolgt, nicht zustimmen, gedenkt Karolys die Sozialdemokraten aufzufordern, die ganze Regierungsgewalt und damit die Verantwortung für die kommenden Dinge allein zu übernehmen.

Rußland.

Nach Meldungen aus Moskau ist Lenin verhaftet und seines Amtes enthoben worden, was auf Trotski Befehl erfolgte. Trotski hat sich zum Diktator ausgerufen. Der Staatsstreich Trotski ist darauf zurückzuführen, daß Lenin für eine Politik der Mäßigung gegenüber den bürgerlichen Elementen eingetreten begann und eine Annäherung an die Menschewiki suchte.

Rus In- und Ausland.

München. Wie schon bekannt wird, haben sich die Unabhängige sozialdemokratische Partei und die Mehrheitssozialisten Bayerns zu einer linkssozialistischen Arbeitsgemeinschaft für Bayern zusammengesetzt.

Stuttgart. Der vor 14 Tagen zum stellvertretenden Leiter des württembergischen Kriegsministeriums ernannte Generalleutnant v. Solodker ist von seinem Posten bereits wieder zurückgetreten.

Offen. Der Bergarbeiterstreik auf den Seiden des Mühlheimer Bergwerkes ist beendet, nachdem die Besetzung sich bereinigt hat. Die Pauerlöbner für Seite aber nachträglich noch aufzubessern. Auf den in Mühlheim gelegenen Schachtanlagen ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Bromberg. Wie verlautet, hat Baderewski in Polen erklärt, daß die Entente mit dem Borgen der Polen nicht einverstanden sei und ihnen die Provinz Polen nicht zuspreche.

Wien. Hier sind gleichfalls 20 russische Bolschewisten eingetroffen, deren Aufgabe es ist, ähnlich wie in Deutschland die bolschewistische Aktion ins Leben zu rufen.

Triest. In ganz Italien ist eine große Lebensmittelnot ausgebrochen.

Paris. Wie der „Matin“ berichtet, hat Deutschland bis jetzt 122 Tauchboote an die Entente abgeliefert. 60 weitere U-Boote müssen noch abgeliefert werden.

Bern. Nach Pariser Meldungen beabsichtigt die Entente, das Protektorat über Polen, die Ukraine, die Randstaaten und über die Balkanstaaten zu übernehmen.

Arbeiten . . . arbeiten!

Als wir noch auf dem Höhepunkt unserer militärischen Erfolge standen, hatten die ausländischen Behörden einen großzügigen Plan entworfen, um der mit dem Frieden zu erwartenden Arbeitslosigkeit zu steuern. Unter Zusammenbruch und die daraus folgende überfüllte Demobilisation hat aber diese Pläne zunichte gemacht und über das deutsche Volk die schwerste Erschütterung seines wirtschaftlichen Lebens gebracht. Millionen von Arbeitslosen häufen sich in den Städten, da die Industrie infolge des Verzögerns oder des Mangels an Maschinen und infolge des völligen Mangels an Rohstoffen nicht in der Lage ist, die notwendige Umstellung auf die Friedenswirtschaft vorzunehmen. Es muß damit gerechnet werden, daß in Deutschland in kurzer Zeit etwa 6 Millionen Menschen arbeitslos sein werden, d. h. also der größere Teil der in der Industrie tätigen Arbeiter.

Dazu kommt noch, daß der immer fühlbarer werdende Rohstoffmangel die industrielle Krise verschärft und daß infolge seiner Steigerung gerechnet werden muß, daß nicht alle deutschen Kohlengebiete sich an der Kohlenförderung beteiligen und da ein Teil von ihnen (in Lothringen) wahrscheinlich für immer verloren ist. Endlich erhöht sich die Schwierigkeit der Arbeitslosenfrage noch durch die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, die eine Begleiterscheinung der Revolution des 9. November, sich einerseits in den das Wirtschaftsleben aufs äußerste gefährdenden Lohnbewegungen und andererseits in den kommunistischen und spartakistischen Treibern in Berlin und anderen Industriezentren bemerkbar macht. Die historische Entwicklung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit ist durch diese Folgeerscheinungen der Revolution gewaltig unterbrochen worden und der — auch von bürgerlicher Seite durchaus gebilligten — Sozialisierung droht durch sie die schwerste Gefahr; denn ganz wie in Rußland unter dem bolschewistischen Regime wird auch bei uns der Produktionsprozess nicht für die Allgemeinheit nutzbar gemacht, sondern er wird durch diese Störungen und Eingriffe gelähmt, wenn nicht gänzlich stillgelegt.

Letzten Endes ist auch die Lohnsteigerung und der gewaltig durchgeführte Kommunismus in seiner Vorstufe des Massenterrors eine der Ursachen der steigenden Arbeitslosigkeit. Ohne Zweifel ist in allen kriegsführenden Ländern die industrielle und agrarische Produktion in die größte Kalamität geraten, die sich naturgemäß in den von der Blockade hartgetroffenen besetzten Ländern zur schwersten Krise steigern mußte. Die Unruhen der Revolution, die auf das Höchstmaß angespannte Frauenarbeit, der Mangel an Rohstoffen und Rohmaterialien, der finanzielle Ruin, die Durchführung der Rassenstillstandsbedingungen, all das mußte auf das Wirtschaftsleben drücken und die überhäufte Demobilisation mußte zu der Krise der Arbeitslosigkeit führen, die wir jetzt erleben.

Allerdings, die Sache hat eine Rehrseite. Überall auf dem freien Lande fehlt es an Arbeitskräften, während die Industriegenden die vielen, allzuvielen Hände gegenwärtig und wahrscheinlich auch für die nächste Zukunft nicht beschäftigen können. Daraus ergibt sich die selbstverständliche Schlussfolgerung, daß man mit einer Erwerbslosenunterstützung allein das Problem nicht lösen kann. Sie war ein augenblicklicher Notbehelf. Soll sie aber ein wirksames Abwehrmittel sein, so muß ihr zur Seite der Arbeitszwang treten. Das nach den sozialistischen Grundbänden der Republik der Staat die Pflicht, für seine erwerbslosen Bürger zu sorgen, so hat er unbedingt auch das Recht, von seinen gefunden Erwerbslosen jede Arbeitsleistung zu verlangen, die ihren Kräften entspricht und dem Allgemeinwohl dient. Die Allgemeinheit, aus deren Mitteln die Erwerbslosenunterstützung aufgebracht wird, hat das Recht zu fordern, daß nicht Arbeitsunwillige auf Staatskosten ernährt werden.

Nur wenn die Regierung das Erwerbslosenproblem unter diesem Gesichtswinkel betrachtet und mit aller Energie diesen Grundlagen Geltung verschafft, wird sie der Arbeitslosigkeit steuern und der drohenden Katastrophe Herr werden können. M. A. D.

Beginn der Friedensverhandlungen.

Erste Sitzung am 18. Januar.

Wien, 9. Januar.

Nach Meldungen aus Paris wird die erste Besprechung der Mitterten am 13. Januar, die erste Vollziehung am 18. Januar stattfinden. Das Ergebnis der Beratungen wird den feindlichen Delegierten Anfang März mitgeteilt werden. Ihnen wird ein Monat Zeit bewilligt werden, um die Zustimmung ihrer Regierungen einzuholen.

Danach zu urteilen, kommt es so, wie man vielfach befürchtet hat, daß uns die Entente einfach den fertigen Friedensvertrag vorlegt, den wir dann anzunehmen haben. Richtige kontraktliche Verhandlungen will die Entente auf diese Weise verhindern.

Eine Blutnacht im Baltikum.

Er mordung der Deutschen.

Berlin, 9. Januar.

Der deutsche Gesandte im Baltikum berichtet, daß die russischen Bolschewisten nach ihrem Einrücken in Riga unter der dortigen Bevölkerung, namentlich aber unter den Reichsdeutschen und Deutschbalten ein furchtbares Blutbad angerichtet haben.

Die drei Beamten der deutschen Gesandtschaft, die im Vertrauen auf die Exterritorialität zurückgeblieben sind, wurden verhaftet. Ihre amtlichen Gelder in Höhe von einer halben Million sind beschlagnahmt. In Lissau und einigen anderen Orten ist man mit den Balten ebenso verfahren. Die Deutsch-Balten und auch die Letten und andere Personen wurden verhaftet, die in der deutschen Gesandtschaft gearbeitet haben während der Okkupationszeit. Ein Beweis, daß die Bolschewisten die Exterritorialität unserer Gesandtschaft nicht respektiert haben und sich über alles Völkerrecht hinwegsetzen.

Deutsch-Osterreich in Gefahr!

Die Habsburger im Einverständnis mit Frankreich.

Aus einwandfreier Quelle wird berichtet, der ehemalige Kaiser Karl sucht durch seine in Wien weilenden Mittelsmänner bei der Entente zu erreichen, daß sie ihren ganzen Einsatz zugunsten der Bildung eines Staatenbundes geltend macht, dem alle auf österreichischem Boden ausgebildeten Nationalitäten angehören sollen. Frankreich hat bereits seine Zustimmung erklärt.

Die Nachricht klingt durchaus glaublich. Der 40 Millionenstaat Frankreich hat natürlich das größte Interesse daran, daß die 70 Millionen des Deutschen Reiches nicht noch durch 10 Millionen Deutsch-Osterreicher verstärkt werden. Ministerpräsident Clemenceau hat dem schon vor einigen Wochen die Mittelsmänner Kaiser Karls wissen lassen, daß die habsburgischen Bestrebungen seine vollen Sympathien haben.

Eine Wiener Pressestimme.

Der Wiener „Mittag“ schreibt zu diesen Klängen: „Dah zwischen den Absichten der Habsburger zur Rettung ihrer Thronansprüche und den Wachsen der deutsch-österreichischen Parteien und Gruppen ein innerer Zusammenhang besteht, ist wohl nicht gut zu leugnen. Wenn die Entente Deutsch-Osterreich vom Deutschen Reich getrennt halten will, so beabsichtigt sie selbstverständlich nicht, dem deutschen Volke Wohlstand zu erweisen, denn Frankreich ist der deutsche Erbeind und hat als solcher nur das Bestreben, dem deutschen Volke soviel wie möglich zu schaden. Mit diesen feindlichen Bestrebungen verbinden sich also Kaiser Karl und seine Getreuen, um Deutsch-Osterreich abermals in ein Staatengebilde einzufügen, in dem es seiner ganzen Wesenart nach fremd sein muß.“

Wiener Wäpung an Wien.

In der gesamten Wiener Presse macht sich eine herbe Enttäuschung über die Entwicklung der Dinge in Deutschland und besonders in Berlin geltend. Zum Sprachrohr der allgemeinen Stimmung macht sich das Deutsche Volksblatt, indem es schreibt: „Für unser junges Staatswesen, dessen Existenzbedingungen so überaus schwierig sind und dessen Selbständigkeit durch die wirtschaftliche Abhängigkeit von den nichtdeutschen Nachbarstaaten sehr bedroht ist, wäre es von größtem Wert gewesen, wenn es nicht nur einen moralischen, sondern auch einen tatsächlichen Rückhalt an Deutschen Reich gehabt hätte. Diese Stütze fehlte aber bisher infolge der ungelärten Verhältnisse. Wenn nicht ein für allemal mit dem Bolschewismus in Berlin Abrechnung gehalten wird, ist es für uns undenkbar, unter Schicksal mit einem der Anarchie aufsteuernden Deutschland zu verbinden.“

Revolutionsmusik.

Der neuerstandene Leierkasten in Berlin.

Ein gelegentlicher Mitarbeiter schreibt uns: Eine der Haupterregungsmomente der Revolution ist das Wiedererscheinen des Leierkastens im Straßenleben von Berlin. Es ist wieder einmal anders gekommen, als wir dachten. Als der Krieg ausbrach, sprachen wir alle die bestimmte Erwartung aus, daß die Erscheinungen der Zeit nach 1870 nicht wieder ausfallen würden: es sollte für alle Kriegsverletzte so ausgiebig gesorgt werden, daß der Invalide mit Stiefel und Leierkasten uns erpariert blieben. Wir wollten diesen beschämenden Anblick nicht haben, und diese gräßliche Musik schon gar nicht. Nun ist der Leierkasten, den die Polizei und die Abneigung des Publikums schon längst unterdrückt hatten, mit einem Male wieder da, und zwar in Massen. Aber es sind durchaus nicht bloß Kriegsverletzte oder Felbgrauer, welche die Kurbel schwingen — im Gegenteil, das Bivoli ist ebenso stark vertreten, ja vielleicht überwiegt es sogar.

Freilich, die Zeit, seitdem man die vergessenen Risten aus irgendwelchen versteckten Winkeln hervorgeholt hat, war kurz, und die Entwicklung ist deshalb noch in den Anfängen. Nach 1870 war die Musik viel mannigfaltiger. Da zog ein Mann, der sich gewöhnlich als Kriegsinvalide aufstellte, mit seinem Dufelskasten von Hof zu Hof, und mit ihm seine Frau, die mit wunderbarer Stimme die schönen Lieder sang und die Texte verkaufte, wir Kinder standen andächtig um ihn herum und sammelten die aus den Koffern herabregenden Dreier und Sechser ein. War der eine Hof abgegrast, so ging es auf den andern, und wir Kinder immer hinterdrein, in langem Schwarme. War die Musik besonders schön, wurde auch getanzt, und sang die Frau eines der neuen schönen Lieder von einem unerblicklichen Dichter, der dabei ein reicher Mann wurde, so sangen wir mehr oder minder schön mit. Manchmal wurde das Orchester auch verstärkt durch ein weiteres Mitglied der Künstlerfamilie, das den

Triangel schlug oder die Harmonika zog. Und das höchste der Genüsse waren die Böhmiken, diese vielseitigsten aller Musikanten. Da trat einer auf dem Rücken eine Banke, die er mit dem Schlägel mit Hilfe seines Ellbogens bearbeitete; vom Stiefelbalken heraus zog sich durch einige Osen eine Schmir, die schallende Ergeben in Bewegung setzte, die linke Hand arbeitete mit einem Schellenbaum oder hielt die Trompete, die rechte, den Dufelsack oder sonst etwas — so bediente ein Mann drei bis vier Instrumente, und eine Kapelle von vier Musikanten stellte einen erheblichen Lärm her, den zu überhören die weibliche Singstimme ziemlich Mühe hatte. Und was waren das für schöne Lieder, die da gesungen wurden! Von dem Wandersmann, der müde zurückkam zu der holden Wirtin, von Piefke, der die Stiefel schlief, vom Schiffer, der das Mädchen hinüberfahren sollte, von der gemüthlichen Werdebahn, von dem süßen Mädchen mit dem Piepmatz, von dem Hauptmann mit dem Schnurrbart, der mich traf mit seinem Biid, und der Guste, der bewußten, die das Butterbrot geschnitten — oder gar von der neuesten Moritat, die sich in der neugebauten Reichshauptstadt zugetragen hatte. Ja, zu einer Entwicklung gehört Zeit.

Jetzt geht es einfacher her. Man findet auch Gruppen, die zusammen arbeiten: einer mit der Ziehharmonika und zwei, die dazu die von den Wandervögeln eingeführten Zupfgeigen bearbeiten, und dergleichen. Aber der Einzelunternehmer herrscht vor. Er bringt ein verständliches Element in die aufgeregte Stimmung. Es wird auch anerkannt, und die Großen stehen reichlich.

Da stehen sich an der Ecke der Leipziger- und der Friedrichstraße, oder am Potsdamer Platz oder am Belle-Alliance-Platz große Anwälte demonstrierender Volksmassen gegenüber. Wenn die einen „hoch!“ schreien, betätigen sich die anderen mit „nieder!“ und Liebeshändchen fliegen durch die Luft; Gruppen von fünfzig bis hundert Personen scharen sich um einen Redner, der seine Weltanschauung preisgibt, oder um zwei Gegner, die eifrig miteinander disputieren, Zwischenrufe und Gelächter ertönen, so daß man von der Rede und dem Wortstreit nur abgerissene Fetzen vernimmt; aber mitten im Gemälde, wie der Feld im Meer, steht ein Leiermann und dreht unentwegt einen Walzer, einen Gassenhauer, eine Operettenmelodie oder ein Wanderlied, für die Regierungsozialisten ebenso gut wie für die Spartakasse, für das Bürgertum und die Arbeiterklasse, für Mämmlein und Weiblein und für die liebe Jugend. Dazwischen schreit einer die Abendzeitung aus: Der Terror in Berlin (er sagt Terror), und ein anderer verkauft die neueste Proklama: Was will der Spartakusbund? (er sagt Spartakusbund), Extrablätter werden verteilt und Entrüstung wird kundgegeben, bis der entfernte Knall eines Maschinengewehrs auf kurze Zeit die Menge aufhorchen läßt — aber der Leiermann läßt sich nicht stören, die Kunst steht über den Parteien und den schächtigen Tagesbegebenheiten, wie es stets ihre hohe Mission war, und sie geht nach Brot, wie sie ja leider immer mußte. Das Neue ist, daß sie jetzt die Höfe meidet, dafür aber die Straße erobert hat, denn die Polizei hat nichts mehr zu sagen. K. M.

Arbeiter Deutschlands!

Die unterzeichneten Lehrer der Wirtschaftswissenschaft an den deutschen Hochschulen sehen in Euch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft unseres unglücklichen Vaterlandes. Mit allem, was sie gelernt haben, werden sie freudig daran mitarbeiten, daß Deutschland in der Ausgestaltung der Grundzüge der Freiheit und Gleichheit als soziale Republik vorbildlich hervorleuchte unter allen Staaten. Aber dieses große Ziel ist nicht von heute auf morgen zu erreichen. Zunächst muß der vielverzweigte Apparat unseres Wirtschaftslebens für die friedliche Produktion wieder hergerichtet werden. Das ist bei einer Arbeiterklasse von Millionen an sich eine unendlich schwierige Aufgabe und sie ist durch die überfüllte Demobilisation und die Fortdauer der Blockade fast bis zur Unlösbarkeit weiter erschwert worden. Darum heißt in Eurem eigenen Interesse die Vorbedingung für alles weitere zu schaffen! Folgt Euren Gewerkschaften und Gewerksvereinen, die mit der deutschen Friedensproduktion so gut vertraut waren und daher wissen, worauf es in dieser furchtbaren Not ankommt. Geht es nicht, die heutige Unordnung schnell zu überwinden und das deutsche Wirtschaftsleben bald wieder in vollen Gang zu bringen, dann müßt Ihr alle eure Hoffnungen begraben. Dann kommt für lange Zeit ein namenloses Elend über unser ganzes Volk und ganz besonders über Euch und eure Kinder. Erst muß die Arbeit wieder in Gang sein, erst dann kann sie neu geregelt werden. Zeigt, daß Ihr den großen Aufgaben der Revolution gewachsen seid! Rechtfertigt das Vertrauen, das gerade wir in eure Einsicht und Besonnenheit, eure Bildung und Selbstbeherrschung sehen. Stellt mit Hilfe Eurer bewährten Gewerkschaften und Gewerksvereine Ordnung wieder her, ohne die keine Freiheit und ohne die kein Fortschritt denkbar ist. Dann werdet Ihr etwas Großes schaffen, das als Vorbild vor der Menschheit stehen wird. Sonst gibt es einen Zusammenbruch, von dessen abgründlicher Fährlichkeit Ihr Euch kaum ein Bild machen könnt. Nur Ihr könnt helfen! Helft schnell! Helft alle!

Die Professoren der Wirtschaftswissenschaft an den deutschen Hochschulen.

Handwerkerprogramm

der Deutschen demokratischen Partei.

Die Deutsche demokratische Partei hat ihre Stellung zu den Handwerkerfragen folgendermaßen programmatisch formuliert:

Die Deutsche demokratische Partei, von dem Wert und der Unentbehrlichkeit des Handwerks und Kleinhandels überzeugt, fordert die Wiederaufrichtung des Handwerks durch Zuführung von Arbeit, Rohstoffen und Kredit. Für dauernde Erhaltung eines kräftigen gewerblichen Mittelstandes verlangt sie weitgehende berufliche Selbstverwaltung, freibeitlichen Ausbau der Handwerkskammern, Innungen und sonstiger Berufsverbände, freie Bahn für die Entfaltung des Genossenschaftswesens auf der Grundlage des angemessenen Preises, ausreichenden Schutz gegen den Wettbewerb der Gefängnisarbeit und der öffentlichen Regiebetriebe, Hebung der technischen und kaufmännischen Leistungsfähigkeit des Handwerks, Aufrechterhaltung der Handwerkslehre, Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung, Mitwirkung der Berufsvertretungen am Fach- und Fortbildungsschulwesen, Meisterkurse. Die zur Wiederaufnahme der Vaulässigkeit erforderlichen Maßnahmen sind schleunigst zu treffen.

In die hand fällt pommerns die Schüler Choral mel will es das ligitionsunter man in der soll auf den womit die form beken ligitionsunter nicht komm sprengen, je besticht hobe terrich enthrig jedes Wort Man begrü freiheit und den Kinder glion nur I homml eine Hause keine Wenn das Wohl wird mach. D und them das Schulge schulen jahl Wird das h sehr viele e

Die F

Der ge itigen Pro Juhörersha Hedwig I Sie entwick ill die deutl geworfen w Vaterlandes das unorb nicht ins Frau die Die Redner des Zentru Liberalen i alle behälti Republik. Steuerjstem Staat und Frau ihre Güten. W fällen? 1. des großen mit den 3 Milliarunen entzieht, an auben. Sie an der Ein Hausfrau be nünftigen 3 Gehegung fördern, die mit Säuglin Sie als Art Aufgaben in des gleichen Sie soll Mühen vertic für alle Jü die Familie auch auf ill fördern zur dem die Vo 4 Forderung Wie brin und gab da Aufnahme in einer Anbild itigen! — über die 5 Wahl mit a Streidungen der einzelne Schläge gab Frauen nun Tage in das Gange blifre Vorstehen darauf politichen U von Kirche u darguteigen u Pflicht am darauffolgen lenen — Da Schuld an d die Unabhän tel, die Frei mit ihren W Wahlpflicht gelbt wird, einige Eingel recht, über 6 ders zu recht nahm in ihr hert und mo dertlich in t len der Ma norgelüel. Ermahnung zu kommen.

Schiff

Sonnenau Sonnenunt 1847 C Naturforsch geft. — 190

Die Stür Deutschland die Revolu sei. Und d rikteten, Stieg davo staunte un ber Ingeg alten franz russischen U stärken. U die ande Rineffer u

Sonnenau Sonnenunt 1847 C Naturforsch geft. — 190

Die Stür Deutschland die Revolu sei. Und d rikteten, Stieg davo staunte un ber Ingeg alten franz russischen U stärken. U die ande Rineffer u

Sonnenau Sonnenunt 1847 C Naturforsch geft. — 190

Die Stür Deutschland die Revolu sei. Und d rikteten, Stieg davo staunte un ber Ingeg alten franz russischen U stärken. U die ande Rineffer u

Sonnenau Sonnenunt 1847 C Naturforsch geft. — 190

Die Stür Deutschland die Revolu sei. Und d rikteten, Stieg davo staunte un ber Ingeg alten franz russischen U stärken. U die ande Rineffer u

Sonnenau Sonnenunt 1847 C Naturforsch geft. — 190

Die Stür Deutschland die Revolu sei. Und d rikteten, Stieg davo staunte un ber Ingeg alten franz russischen U stärken. U die ande Rineffer u

Das Schulgebet.

In diesen Tagen hört das Schulgebet auf. Keine Kinderhand faltet sich mehr zum Gebet, in der kleinen Dorfkirche Winterpommerns nicht und erst recht nicht in den Schulen der Großstädte; die Schüler vernachlässigen kein Bibelwort mehr und singen keinen Choral mehr, wenn sie sich zu gemeinsamen Feiern versammeln. So will es das preussische Ministerium für Volksbildung. Zum Religionsunterricht sind weder Schüler noch Lehrer verpflichtet. Ob man in der Schule überhaupt noch Religion lehren soll oder nicht, soll auf der Nationalversammlung entschieden werden. Falls diese, womit die Regierung bestimmt rechnet, sich zur sozialistischen Staatsform bekennt, so würde diese Entscheidung ja wohl gegen den Religionsunterricht ausfallen. Sollte aber die sozialistische Mehrheit nicht kommen, so will Adolf Hoffmann die Nationalversammlung sprengen, selbst auf die Gefahr des Bürgerkrieges hin. Jedenfalls besteht hohe Gefahr, daß in absehbarer Zeit der Religionsunterricht aus den Schulen verschwindet und je öfters entschärft werden. Selbst aus den Verächtlern würde dann jedes Wort ausgemerzt werden, das an Gott und Christus erinnert. Man begründet solche Dinge natürlich mit Glaubens- und Gewissensfreiheit und behauptet, eine fortgeschrittene Unterrichtsmethode verbiete den Kindern unverständliche Lehren beizubringen. Ja, wenn Religion nur Verstandesfrage wäre! Aber nun der Gewissensdruck! Da kommt eine einfache christliche Frau und sagt: „Ich habe doch zu Hause keine Zeit, meinen Kindern Frieden und Sprüche zu lehren? Wenn das in der Schule ausbleibt, wo sollen es meine Kinder lernen? Wohl wird die Kirche ihren Religionsunterricht allen zugänglich machen. Doch die Entchristlichung der Schule bleibt, und ihrem Einfluß sind alle Kinder ausgeliefert, deren Eltern nicht das Schulgeld für die hoffentlich recht zahlreichen christlichen Privatschulen zahlen können, sofern sie nicht auch noch unterbunden werden! Wird das so, dann ist die angelegte Gewissensfreiheit wieder für sehr viele ein Gewissenszwang.“

Die Frau und das Wahlrecht.

Der gelagte Abend im Rathshaus stand im Zeichen der politischen Frau. Vor einer zahlreichen, fast ausschließlich weiblichen Zuhörerschaft aus allen Schichten unserer Bevölkerung sprach Frau Hedwig Tegeler-Weiß über „Die Frau und das Wahlrecht“. Sie entwickelte zunächst folgende Gedanken: Durch die Revolution ist die deutsche Frau über Nacht mitten in den Strudel der Politik geworfen worden. Sie soll mitarbeiten an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Besonders die Frauen der bürgerlichen Parteien trifft das unvorhersehbar. Darum muß die Politisierung der Frauen schleunigst ins Werk gesetzt werden. Dazu gehört vor allem, daß die Frau die Parteien und ihre Programme kennen lernt. Die Rednerin kennzeichnet in knappen, scharfen Umrissen die Gruppe des Zentrums, der Konservativen, der Sozialdemokraten und der Liberalen in ihrer Stellung zu den brennendsten Fragen, die uns alle beschäftigen: Monarchie, parlamentarische Regierung, sozialistische Republik, Gesetzgebung, Wahlrecht, Frauenstimmrecht, Wehrpflicht, Steuerwesen, Wirtschaftsprinzip, soziale Fürsorge, Trennung von Staat und Kirche. In dem Streite der Meinungen soll nun die Frau ihre Stimme erheben, laut und eindringlich, zum Siege des Guten. Welche besonderen Aufgaben hat sie dabei zu erfüllen? 1. In der Politik: Sie soll mitwirken an der Gründung des großen Völkerbundes — und sie weilt sich darin eines Sinnes mit den Frauen aller Kulturvölker —, an der Einschränkung des Militäranwachsens, das dem Wirtschaftswesen soviel kostbare Kräfte entzieht, an der Verhinderung einer unheilvollen Kriegspolitik nach außen. Sie soll mitarbeiten an einer gerechten Steuerneuerung, an der Eindämmung der indirekten Steuern, deren Unlegen sie als Hausfrau besonders fühlt, und aus derselben Einsicht an einer vernünftigen Zollpolitik. Sie soll als Mutter mitbestimmen in der Gesetzgebung über Erziehung und Unterricht, soll eine Bodenpolitik fördern, die durch Schaffung von geländen Wohnungen den Kampf mit Säuuglingssterblichkeit, Tuberkulose und Unfruchtbarkeit aufnimmt. Sie als Arbeiterin soll das Arbeiterlohngesetz mit ausbauen. 2. Ihre Aufgaben im Wirtschaftsrecht: Sie soll eintreten für den Gedanken des gleichen Lohnes bei gleicher Leistung und gleicher Vorbildung. Sie soll Mitwirkung bei der Bestimmung über die Arbeitszeiten der Beamten verlangen. Und 3. ihre Aufgaben im Familienrecht: Nicht für alle Fälle soll der Mann das alleinige Bestimmungsrecht über die Familie haben, die Frau soll gleiche Verantwortlichkeit fordern, auch auf Willkür Gebiet; nicht zu ihrer jugendlichen Ausübung etwa, sondern zur stilligen Sehung der kommenden Geschlechter. — Nachdem die Vortragende alle diese Aufgaben noch einmal in Form von 4 Forderungen zusammengefaßt hatte, wandte sie sich der Frage zu: Wie bringen die Frauen ihre Wünsche zur Geltung? Und gab darauf eine dreifache Antwort: durch das Wahlrecht, durch Aufnahme ihrer Forderungen im Parteiprogramm, durch die Wahl einer Kandidatin. Darum werbt sie Frauen, und weckt die Unzufriedenen. — In dem letzten Teil ihres Vortrages sprach die Rednerin über die Wahlen selbst, über das neue System der Verhältniswahl mit gebundener Liste und ermahnte die Zuhörerinnen, keine Streichungen, Hinzufügungen oder Änderungen in der Reihenfolge der einzelnen Namen auf der Kandidatenliste vorzunehmen. Zum Schluß gab sie der Hoffnung Ausdruck, daß der neue Weg, den die Frauen nun betreten, sie hinausführen möge aus dem Dunkel unserer Tage in das Licht und daß die Männer ihnen auf dem ungewohnten Gange hilfreiche Führer seien. — Reichen Beifall und den Dank des Vorsitzenden der Versammlung erhielt der klare erscheinende Vortrag. Darauf sprach Frau Holzwarth über die Notwendigkeit einer politischen Ueberzeugung, verfuhr an dem Problem der Trennung von Kirche und Staat den Wert und Unwert der Parteiprogramme darzutun und forderte mit begeisterten Worten alle Frauen auf, ihre Pflicht am Vaterlande zu erfüllen. Frau Richter erhob in der darauffolgenden freien Aussprache den — von ihr unbegründet gehaltenen — Vorwurf, die bürgerlichen Parteien trügen die alleinige Schuld an dem unglücklichen Kriege und seinem Ende, und präsidierte die Unabhängige Sozialdemokratie als die allein leitende Partei, die Frieden und Freiheit bringe. Fri. Hertwig wandte sich mit ihren Worten an das Herz der deutschen Frau und nannte die Wahlpflicht eine Pflicht reinster Menschlichkeit, wenn sie ohne Hochgefühl wird. Dann sprach der Vorsitzende, Herr Schimpf, noch über einige Einzelheiten des Wahlverfahrens, über das Verhältniswahlrecht, über das System der verbundenen Listen und ermahnte besonders zu rechtzeitigem Erscheinen an der Wahlurne. Frau Tegeler nahm in ihrem Schlußwort Stellung zu den Worten der Frau Richter und warf zur Entgegnung die Frage auf: Wer hat den Bruderkrieg in unser Volk getragen? — Zuletzt wurde den Versammelten der Wahllosgang, wie er sich abspielen soll, auf der Bühne vorgeführt. Nach einem kurzen Dankeswort und einer nachmaligen Ermahnung des Vorsitzenden, so zahlreich und rechtzeitig zur Wahl zu kommen, ging die Versammlung auseinander. Wgd.

Sächsischer und Lokale Mitteilungen.

Raunhof, den 11. Januar.
Wochenschrift für den 11. Januar.
Sonnenaufgang 8^h 11^m
Sonnenuntergang 4^h 2^m
1847 Schriftstellerin Karoline v. Wolzogen gest. — 1882 Naturforscher Theodor Schwann, Begründer der Sellentheorie, gest. — 1904 Ausbruch des Drees-Flusses.
□ Stürmische Tage. Als am 10. November das große Deutschland erwachte, erfuhr es zu seinem Staunen, daß die Revolution ausgebrochen und daß die Republik erklärt sei. Und dann kamen jeden Tag neue Vorkämpfer, die berichteten, daß die Revolution sehr schnell allerorten den Sieg davongetragen habe. Und der friedliche Bürger staunte und staunte. Für ihn war eine Revolution immer der Inbegriff aller Schrecknisse gewesen. Was er von der alten französischen Revolution wußte und von der jungen russischen erfahren hatte, konnte nur diesen Eindruck verstärken. Und nun plötzlich lebte er inmitten der Revolution, die anscheinend unblutig und still verließ. Aber die Revolver unter uns trauten der Stille nicht. Sie wußten,

daß eine so ungeheure Umwälzung, die vielhundertjährige Dynastien stürzte und einer neuen aufstrebenden Klasse die Herrschaft gab, sich nicht in den ruhigen Bahnen eines parlamentarischen Regierungswechsels vollziehen kann. Sie haben recht behalten. Allgemach entbrannte der Kampf um die Herrschaft in Berlin und er hat nun dahin geführt, daß ein Sturm über die Reichshauptstadt aufgebrochen ist, dessen Wirkungen man im fernsten Winkel des Reiches spürt. Sollen wir tatlos zusehen? Wir müssen es wohl. Aber gebietend klingt in die Stunden der Erwartung die Forderung: Arbeit! Tut Eure Pflicht. Aus allen Erörterungen, aus allen Stürmen dieser Tage werden wir siegreich hervorgehen, wenn wir unsere Pflicht tun.

— Raunhof. In die auch in unserer Stadt in Umlauf gesehene Listen in Sachen der Trennung der Kirche vom Staat, für welche billiger Weise eine alle unsoziale Härten vermeidende Neuordnung gefordert wird, haben bis jetzt bereits 871 Anhänger verschiedener kirchlicher und politischer Richtungen beiderlei Geschlechts sich eingeschrieben. Das ist ein recht erfreuliches Zeichen von dem Gerechtigkeitsgefühl, das in einem sehr großen Teile unserer Bevölkerung trotz der gegenwärtigen, die Rechtsbegriffe sozial verwirrenden Ereignisse noch herrscht. Wer etwa bei der Sammlung der Unterschriften versehenlich übergegangen oder nicht angetroffen worden wäre und doch seine Unterschrift nicht unterlassen möchte, wird herzlich gebeten, sich noch in die in der Kirchenexpedition zu jeder Zeit und zwar Sonn- wie Wochentags ausliegenden Listen spätestens bis Mittwoch, den 15. Januar, eintragen zu lassen. Es wird noch darauf hingewiesen, daß möglichst die Einzelnennung jedes Einzelnen der wahlberechtigten Volksgenossen erwünscht ist, also z. B. des Eheannes, der Ehefrau, jedes Sohnes, jeder Tochter u. s. w. für sich.

— Raunhof. Bei der hiesigen städtischen Sparkasse wurden im Monat Dezember 397 Einzahlungen im Betrage von 134 982 Mk. 30 Pf. geleistet, dagegen erfolgten 240 Rückzahlungen im Betrage von 134 777 Mk. 31 Pf. Der Kassenumschlag betrug 762 917 Mk. 05 Pf. — Geschäftszeit: Jeden Werktag von vormittags 8 bis 3 Uhr nachmittags, Sonnabends von vormittags 8 bis nachmittags 2 Uhr. Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 3 $\frac{1}{2}$ %.

— Die Umfahsteuer. In diesen Tagen sind die Vorbrüche zu den Steuererklärungen für die Umfahsteuer zugestimmt worden. In Raunhof wohnende Steuerpflichtige, die einen Vorbruch nicht erhalten haben, können ihn in der städtischen Steuerkasse einreichen. Der Umfahsteuer unterliegen alle gegen Entgelt ausgeführten Leistungen und Leistungen solcher Personen, die eine selbständige gewerbliche Tätigkeit mit Einschluß der Verfertigung und des Handels ausüben. Es sind also vom 1. Aug. 1918 ab nicht nur die Einnahmen für Warenlieferungen, sondern auch für sonstige Leistungen, z. B. die Beträge für Reparaturarbeiten, die Provisionen der Vermittler und Agenten, überhaupt alle Entgelte eines selbständigen Gewerbetreibenden für seine gewerbliche Tätigkeit steuerpflichtig. Nach der Regel des Gesetzes sind die Einnahmen steuerpflichtig; Grundbegründungen können die Entgelte für Lieferungen und Leistungen ohne Rücksicht auf die Bezugszahl anzeigen, wenn sie die Genehmigung dazu eingeholt und erhalten haben. Die Umfahsteuerpflichtigen, also auch alle Kleinhandlärer, sind nach dem Umfahsteuergesetz verpflichtet, über ihre Einnahmen Buch zu führen. Zu den Einnahmen ist auch der Wert der vom Unternehmer für sich und seine Familie dem Geschäft entnommenen Gegenstände zu rechnen. Über die Buchung der Einnahmen unterläßt, macht sich strafbar, verliert auch die ordentlichen Rechtsmittel gegen eine etwaige Ueberhöhung seines Umfahes. Der Reichsanwalt hat am 1. August 1918 aber später eingegangene Zahlungen für Steuerpflichtig erklärt, auch wenn die Lieferungen oder Leistungen vor dem 1. August 1918 erfolgt sind. Das Reichsoberhaupt hält insoweit seine bisherige abweichende Auffassung nicht mehr aufrecht. An der Verpflichtung, für die Umsatzsteuerpflichtigen monatliche Steuererklärungen einzureichen, wird nichts geändert.

— Klinga. In der hiesigen Gemeinde haben 154, in Staundorf 132 Volksgenossen, das sind sämtliche wahlberechtigten Gemeindeglieder, sich in die die Trennung der Kirche vom Staate betreffenden Listen eingetragen, ein überaus ehrenvolles Zeugnis!

U. — Kürzlich sind wieder einige Kartoffelerzeuger usw. in Zwornfurth, Gredowitz, Rogewitz und Jöbda wegen Ueberschreitung der Kartoffelpreispreise sowie Vergehen gegen sonstige Bestimmungen der Kartoffelverforgung vom Verichte mit Geldstrafen von 150—650 Mk. bez. Gefängnis von 1—6 Wochen belegt worden. Die Strafen sind zwar insolge allgemeiner Amnestie nicht vollstreckt, die widerrechtlich durch Wucher erzielten Mehrerlöse aber von gerichtswegen eingezogen worden.

U. — Gemeindevorstände, Händler und Verbraucher werden seitens des Bezirksverbandes darauf aufmerksam gemacht, daß die Warenbezugskarten bzw. Listen derselben bis spätestens Donnerstag jeder Woche bei den Warenverteilungsstellen abgegeben werden müssen. Nur die Innehaltung dieser Frist kann eine Belieferung für die kommende Woche gewährleistet werden.

U. — Die Kartoffelverförmung liegt nach wie vor ausschließlich in der Hand des Bezirksverbandes und der von ihm für ihren Bezirk hiermit beauftragten Gemeinden und Kommunalräte. Hieraus ist gegenüber verschiedenen von anderer Seite versuchten örtlichen Eingriffen, die das Gemeinwohl ernstlich gefährden können, nachdrücklich hinzuweisen. Vorkommendenfalls wird unmittelbares Einvernehmen auf dem kürzesten Wege mit der Amtshauptmannschaft empfohlen.

— In der Sitzung des sogen. Querbahnauausschusses wurde beschloffen, die Regierung zu ersuchen, den Bau der Strecke Borna—Bad Lausitz—Großbothen als Reichsbahndarstellung sofort in Angriff zu nehmen, um der drohenden Arbeitslosigkeit zu steuern. Da auch andere Strecken in Sachsen aus gleichem Grunde gebaut werden sollen, hofft man, die seit 75 Jahren erbetene und seit langem beschlossene Verbindung Großbothen—Borna diesmal verwirklicht zu sehen.

— Sächsischer Fröhen. Auf der Breslauer Universität haben sich der Kronprinz Georg und Prinz Friedrich Christian zum Studium der Rechtslehre einschreiben lassen.

† Die Tageslänge nimmt im Januar von 7 Stunden 52 Minuten auf 9 Stunden 2 Minuten zu. Die Sonne erscheint am 1. Januar 8,17 Uhr, am 31. Januar erscheint sie 7,53 Uhr über dem Horizont, während sie 4,49 bezw. 4,55 untergeht. Das letzte Drittel des Monats bringt bereits die ersten Anzeichen des wiederbeginneenden Lebens in der Natur. Die ersten Jungvögel kehren wieder: Elare, Feldlerchen und Singdrossel. Die ersten Blüten aus der Pflanzenwelt: die der schwarzen Nießwurz oder Christblume, erschließen sich. Es geht aufwärts.

† Heizverordn. Theater, Säle und Kirchen. Das Arbeits- und Wirtschaftsministerium verbietet bis auf weiteres das Beheizen 1. von Theatern jeder Art, einschließlich der Kinematographen-Theater, und von Zirkusgebäuden, 2. von

Sälen und Sälen für den Gebrauch als Konzert- und Vertragsstätten, für die Abhaltung von Festlichkeiten jeder Art, einschließlich der Familienfestlichkeiten und Tanzstunden, sowie 3. von Kirchen. Den unter 1 genannten Unternehmungen ist die Beheizung mit vorhandenen Kohlenvorräten insoweit freizugeben, als dies zur Erwärmung der im Gebäude befindlichen Wohnungen und Diensträume zur Erhaltung der zur Ausübung des Gewerbes unterhaltenen Tiere und zum Schutze gegen den Verfall technischer Einrichtungen nachweislich notwendig ist. — In Silla u wird infolge dieses Heizverbotes bereits keine Tanagerlaubnis mehr erteilt.

† Das Ende der Selbständigkeit der Rittergüter. Eine Bekanntmachung des sächsischen Gesamtministeriums vom 31. Dez. 1918, welcher Gesetzeskraft gegeben ist, ordnet die Vereinigung der Rittergüter und Freigüter mit benachbarten Gemeinden an. Die Amtshauptmannschaften, in deren Bezirk Rittergüter oder Freigüter liegen, haben die Vereinigungsverhandlungen umgehend anzulegen und zu leiten. Ist bei den Verhandlungen eine Stadt mit revolvierender Stadtordnung beteiligt oder kommen Veränderungen der Bezirksgrenzen in Frage, so hat auf Antrag eines Beteiligten die zuständige Amtshauptmannschaft die Leitung der Verhandlungen zu übernehmen. Bei allen Verhandlungen ist darauf hinzuwirken, daß ein Ausgleich aller berechtigten Interessen beider Teile erfolgt. Kommt es bis Ende des Jahres 1919 zu keiner Ueber einstimmung der Beteiligten über die Ausgleichbedingungen oder über die Vereinigung selbst, so sind die Verhandlungsunterlagen dem Ministerium des Innern vorzulegen. Das Ministerium des Innern wird ermächtigt, nach diesem Zeitpunkt die Rittergüter und Freigüter, deren Vereinigung mit Gemeindebezirken unterblieben ist, auch ohne Zustimmung der Beteiligten einen oder mehreren Gemeindebezirken zwangsweise hinzuzuschlagen. Das Nähere darüber besagt die Bekanntmachung.

† Der Achtkundentag im sächsischen Eisenbahnbetrieb. Nachdem die achtkundige Arbeitszeit bei den Werkstätten der sächsischen Staatseisenbahnen bereits seit einiger Zeit in Kraft ist, ist sie ab 1. Januar d. J. auch im äußeren Betriebs- und Abfertigungsbereich bis auf gewisse Ausnahmen eingeführt worden. Ihre Durchführung hat erhebliche Neueinstellungen von Personal zur Folge gehabt. Für das Zugbegleit- und Lokomotivpersonal, wo die Einführung der achtkundigen Dienstzeit besondere Schwierigkeiten macht, ist sie für den 15. Januar vorgezogen.

† Reiseerlaubnisse für Berufsfreisende. Für Berufsfreisende wird ein übertragbarer Reiseerlaubnisschein in Bestform zu Reisen auf denjenigen sächsischen Linien eingeführt, die z. Bt. nur mit besonderer Erlaubnis befahren werden dürfen. Solche Erlaubnisscheine in Bestform werden nur an solche Reisende ausgegeben, die oft die Eisenbahn in Ausübung ihres Berufes oder Dienstes benutzen müssen, ohne im voraus Tag und Reiseziel bestimmen zu können, also Geschäftsreisende, Gewerbetreibende, Versicherungsbeamte, Kontrollbeamte der Kriegsgesellschaften und der Ernährungsorganisationen, Kaufleute usw. Die Ausstellung derartiger Scheine wird von dem Nachweis der unbedingten Notwendigkeit und von der Vorlegung einwandfreier Belege (Gewerbelegitimationen und dergl.) und Beibringung eines Lichtbildes aus neuerer Zeit abhängig gemacht und erfolgt von Anfang nächster Woche ausschließlich durch die Betriebsdirektionen.

— Leipzig. Hier sind fälsche 50-Markscheine angehalten worden. Es handelt sich um mit Aquarellfarben auffällig schlecht nachgemachte Scheine, auf denen der Reichsadler ganz fehlt.

— Leipzig. Hier verstarb am Sonnabend im 71. Lebensjahre der berühmte Dekanatsrat Professor Dr. S. S. v. d. Witte. Mit ihm ist der Altmeister des landwirtschaftlichen Rechnungswesens und einer der bestachtlichsten Geister der neuzeitlichen landwirtschaftlichen Betriebslehre aus dem Leben geschieden.

— In Frohburg hat sich ein neuer Militärverein gegründet, der sich Militärverein 1914/18 nennt. Er folgt dem Zug der Zeit, indem er schon zweimal Ball gehalten hat.

— Crimmitschau. In Folge geschossen wurde ein 9 Jahre alter Anabe von einem gleichaltrigen Jungen mit einer sogenannten Schreckpistole.

Bemischtes.

Das Echo vom Fesselballon. Über ein rätselhaftes Echo an der Front berichtet Oberstabsarzt Dr. Fuhrmann in der Naturwissenschaftlichen Wochenschrift. Es war im Kampfgelände an der Aisne. Bei völliger Windstille und klarem Sonnenschein gab in einer Entfernung von etwa 400 Meter ein Maschinengewehr einige Schüsse hinter einander ab. Mehrere Sekunden nachher begann das Echo diese Schüsse zu wiederholen. Auch als der Beobachter seinen Standpunkt veränderte, schwieg das Echo nicht; es öfete sogar abgeschwächte Schüsse nach, und zwar sowohl solcher aus der eigenen, als auch aus feindlichen Stellungen. Endlich wurde des Rätsels Lösung gefunden. Ein Fesselballon, der in ungefähr 800 Meter Höhe schwebte, gab die widerwärtige Schallwand ab, das rätselhafte Echo kam aus der Luft.

Richard Wagner und die Revolution. Wagner, den das Jahr 1848 in den vorbesten Reihen der Freiheitskämpfer fand, veröffentlichte 1849 unter dem Titel: „Die Kunst und die Revolution“ eine Schrift, auf die Otto Thomas jetzt in der „Wochenschrift der Aufmerksamkeit lenkt. Wagner erhoffte von der Revolution die Wiederaufrichtung der Kunst, ihre Erhöhung von den Geldverderbsinstituten, und er rief die revolutionäre Kraft der modernen sozialen Bewegung für die Kunst zu Hilfe. „Aus ihrem Zustand stoischer Barbarei kann die wahre Kunst sich nur auf den Schultern unserer großen sozialen Bewegung zu ihrer Würde erheben: sie hat mit ihr ein gemeinschaftliches Ziel, und beide können es nur erreichen, wenn sie es beide gemeinschaftlich erkennen. Dieses Ziel ist der starke und schöne Mensch: Die Revolution gibt ihm die Stärke, die Kunst die Schönheit.“ Sind Richard Wagners eindringliche Worte für das Jahr 1848, die damalige Bewegung und die folgenden Jahre mehr oder weniger unerfüllte Wünsche geblieben, so werden sie vielleicht heute berufen sein, das Ziel zu weisen, das erreicht werden soll.

Note. Der neue Volksbeauftragte Kasse entlassen dem Arbeiterstande. Er lernte 1882 bis 1886 als Dolmetscher und arbeitete in Halle, Frankfurt a. M., Bismarck. Sodter wurde er Redakteur und Stadtverordneter in Chemnitz.

Amtsdauer republikanischer Präsidenten. In den Vereinigten Staaten von Amerika wird der Präsident jedesmal auf eine Amtsdauer von vier Jahren, in Frankreich dagegen für sieben Jahre gewählt.

Spielplan der Leipziger Theater.

Neues Theater.
 Sonntag 6 Uhr: „Die Königin von Saba.“ Montag 6 Uhr: „Garmen.“ Dienstag 7 Uhr: „La Traviata.“
Altes Theater.
 Sonntag 7 Uhr: „Die selige Ozean.“ Montag 7 Uhr: „Die fünf Frankfurter.“ Dienstag 7 Uhr: „Heimat.“
Neues Operetten-Theater.
 Sonntag 7 Uhr: „Schwarzwaldbühel.“ Montag 7 Uhr: „Drei alte Schachteln.“ Dienstag 7 Uhr: „Die Garbafürstin.“

Aus den Verluflisten.

Auszug für Naunhof und Umgegend.
 Verlufliste Nr. 571 und 572.
 Soldat Walter Peter, Naunhof, vermißt.
 Soldat Arno Lommahs, Ailinga, vermißt.
 Soldat Artur Müller, Stadtmitz, bish. vermißt, i. Gefang. (D. U. 540).
 Soldat Alfred Schindler, Wimmelshain, vermißt.
 Soldat Albert Fränzel, Wittenhain, Schw. v. j. Cr.-Tr. jur. (D. U. 528).
 Soldat Oskar Langhammer, Beucha, Schw. v. u. vermißt.
 Sergl. Otto Müller, Beucha vermißt.
 Soldat Kurt Schulze, Brandis, vermißt.

Soldat Kurt Benke Brandis, vermißt.
 Obltg. Oswald Rudolph, Gammerei, i. u.
 Soldat Alfred Kunze, Borsdorf, i. u.
 Gefr. Artin Rudolf, Gredten, i. u.
 Sergl. Emil Bendorff, Belgershain, vermißt.
 Obltg. Bruno Pösch, Belgershain, vermißt.
 Soldat Max Friedrich, Belgershain, Schw. v.
 Soldat Paul Kellih, Liebertwolkwitz, vermißt.
 Soldat Arthur Kujhake, Sommerfeld, i. u.

— Redaktion: Robert G. — Druck und Verlag: G. & C. in Naunhof —

Voranzeige.

Donnerstag, den 16. Januar, abends 7 Uhr
 im Ratskeller zu Naunhof.

Oeffentliche Versammlung

für Naunhof und Umgegend.

Die politisch. Parteien:

1. „Die Ziele der Demokratischen Partei.“
 Redner: Privatdozent Dr. Rende-Gläkert.

2. Was heißt „Deutschnational“.
 Redner: Hauptschriftleiter G. Herricht.

Freie Aussprache.

Deutsche Demokratische Partei. Deutschnationale Volkspartei.
 Bezirksverband Leipzig. Ortsgruppe Leipzig.

Naunhofer Bürger-Ausschuß.

Moderne Friedhofskunst

E. A. Martini und Fr. Heyde - Beucha
 Comptoir: Grimma, Schröderstraße Nr. 40

empfehlen sich
 zur Ausführung von Grabdenkmälern bei billigster Berechnung.
 Mit Kostenanschlägen und Entwürfen stehen wir jederzeit gern
 zu Diensten. Um gütige Berücksichtigung bitten die Obigen.
 Inhaber der Silbernen Medaille Baufach-Ausstellung
 LEIPZIG 1913.

Vereinsbank Naunhof.

An- und Verkauf, Beleihung und Verwaltung von Wertpapieren. / Eröffnung laufender Rechnungen und provisionsfreier Scheckkonten. / Diskontierung und Einziehung von Wechseln und Schecks. :: :: Annahme von Spargeldern.

Winter-Joppen

für Männer und Knaben
 Herm. Reifegerste, Naunhof.

Zahn-Atelier

Carl Schumann
 Kaiser Wilhelmstr. 5.
 Täglich Sprechstunde
 von 9 bis 12 Uhr

Für Kriegsgetraute!!

Solange Vorrat reicht
 Wohnungseinrichtungen von Mk. 1980 an, besteh. aus Schrank mit seiner Vergilung, poliert. Wohnzimmerschisch, 4 Stühle, großer Spiegel, Sofa mit mod. Bezug, 2 Beistellchen mit Patent u. Heiligen Anliegematrasen, Waschl., Stuhl, Haier u. komplette moderne Emaille-Kücheneinrichtung, Zielig, Zubehörung nach jeder Bahnstation empfiehlt verpackt

Möbelhaus Große,
 Leipzig,
 Windmühlenstr. 25 I.
 Tel. 16670.

Auch grob. Auswahl in Polster- u. Herrenzimmer, sowie einzelne Möbel.
 Hugo Luckners Färberei und chem. Waschanstalt.
 Annahmestelle
 in Naunhof Gartenstr. 5
 bei Julius Winkler.

Junges Mädchen
 als Aufwartung für Nachmittag gesucht. Zu melden in der Exp. dieses Blattes.

Getragene Herren- und Damen-Filzhüte
 in mod. Form. umguspreffen, werden angenommen.
 Frau E. Krauß, Langestr. 40.

Für eine verständnisvolle Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche tritt ein die Deutsch-Nationale Volkspartei!

Geschäftsstelle für den Wahlkreis: Leipzig, Admistr. 7 Eingang B.

Theater

Bürgergarten

Sonntag, d. 12. nachm. 3 Uhr

Kaspers Auferstehung
 von den Toten
 abends 7 Uhr

Ella die Seiltänzerin

Drama in 5 Akten.

Anfang 7 Uhr abends wegen Gasexplosion.

Es laßel ergebenst ein

die Direktion.

Freie Turnerschaft

Naunhof (M. d. Arb.-T.-B.)

Sonnabend,

den 11. 1. 19

abends 7 Uhr

im Restaurant

Gambrinus

Mitgliederversammlung

Die Wichtigkeit der Tages-

ordnung macht es den Mit-

gliedern zur Pflicht, voll-

zählig zu erscheinen.

Gäste herzlich willkommen.

Der Vorstand.

Gesangverein „Harmonie“

Morgen Sonntag

den 12. Januar

abends 7 Uhr in

„Stadt Leipzig“

Begrüßung

d. heimkehrenden Krieger

des Vereins. Miltelliges Er-

scheinen der Mitglieder mit

Damen erwünscht. D. V.

Musik-Institut

Adolf Neuhaus.

Unterriecht für Kinder und

Erwachsene in Klavier-,

Violin-, Harmoniumspiel u.

allen Fächern der Musik-

wissenschaft

Aufwartung

ge sucht

Bahnhofstrasse 42.

17-19 jähriges Mädchen als

Aufwartung

für den ganzen Tag gesucht.

Kaiser Wilh. Str. 5.

Junge Leute suchen mittlere

Wohnung

zu mieten u. ein guterhaltenes

.. Sofa ..

zu kaufen. Angebote unt. „J.

S.“ an die Exp. ds. Blattes.

1 bis 2 Acker Feld

werden zu pachten gesucht.

Rahm, Langestr. 68.

Suche guten, größeren, eisernen

Kochherd

zu kaufen. Offerten erbitte u.

Nr. 27 Exp. ds. Bl.

Hornlose, gedackte

Ziege

und Futter

zu verkaufen

Bahnhofstrasse 42.

Unsere heutige Nummer ent-

hält eine Beilage der Unab-

hängigen Sozialdemokratischen

Partei!

Ratskeller Naunhof.

Sonnabend u. Sonntag, den 11. u. 12. Jan. 1919

Große Kino-Vorstellung

Zur Vorführung kommt von 7 Uhr abends ab

Lebendig tot

Filmchauspiel in einem Vorspiel und 4 Akten.

Von 7/5 Uhr ab Kindervorstellung

Der Feldarzt

Kriegsszene in 4 Akten.

Zu beiden Vorstellungen ein schönes Beiprogramm.

Anfang für Erwachsene 7 Uhr, Einlass bis 7/9 Uhr.

Anfang für Kinder 7/5 Uhr, Einlass bis 5 Uhr.

Preise der Plätze: 1. Platz 60 Pfg., 2. Platz 50 Pfg.,

3. Platz 30 Pfg. Kinder geben die Hälfte.

Um gütigen Zuspruch bittet

Anton Schink.

Bürger, Volksgenossen, Frauen!

Bei früheren Reichstagswahlen fielen im Reichstagswahlkreis Leipzig/Land viele Zehntausende bürgerlicher Stimmen unter den Tisch, weil bei dem damaligen Wahlsystem keine Möglichkeit bestand, dieselben den bürgerlichen Parteien irgendwie gutzubringen.

Diesmal ist es anders!

Diesmal zählt jede Stimme

und wird zu gunsten derjenigen Partei gerechnet,

für die sie abgegeben wird.

Wahlmüdigkeit aus diesem Grunde läßt sich diesmal

nicht entschuldigen. Wer diesmal der Wahlurne fernbleibt,

verfündigt sich am Vaterlande.

Wer Ordnung, Frieden und Freiheit will, der

stärke durch seine Stimme eine starke bürgerliche

Partei. Für jeden aufrechten und freiheitlich gestimmten

Deutschen kann hierbei nur die

„Deutsche Demokratische Partei“

in Frage kommen.

Anmeldungen sind an die Ortsgruppen oder an die

Hauptgeschäftsstelle: Leipzig, Mathäikirchhof 12/13 (Müllers

Hof), zu richten.

Herren-Socken

In besten Qualitäten

zu billigsten Preisen.

Herm. Reifegerste, Naunhof

Vom Heeresdienst entlassen,

empfehle ich mich meiner früheren Kundschaft

sowie den geehrten Einwohnern von Naunhof

und Umgegend als

Polsterer, Tapezierer und Dekorateur

und bitte um gütige Unterstützung meines

Unternehmens / Alle in mein Fach einschla-

genden Arbeiten werden prompt und preis-

wert ausgeführt.

Richard Kürbs, Naunhof, Bahnhofstr. 10.

Arbeiter und Arbeiterinnen

steht sofort

ein

Randwaren-Färberei A. Arnhold.

Unsere heutige Nummer liegt ein Aufruf: „Brennende Fa-

gefragten“ des Leipziger Bürger-Ausschusses und einem

Teil der Ausgabe ein Aufruf: „Deutsche Frauen — deut-

sche Treue“ der deutschnationalen Volkspartei bei.

Berliner Revolutionstage.

9. Januar.

Die Regierung fordert öffentlich auf, noch kurze Zeit Geduld zu haben und zuversichtlich zu sein, wie sie es auch ist. Die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien an gestrigen Abend sind gescheitert.

Das M.T.B. der Kommandos und die großen bürgerlichen Zeitungen sind noch immer von Spartakus besetzt und können nicht arbeiten.

Die Sicherheitswehr (8000 Mann), die bisher hinter dem Volkspresidenten Eickhorn stand, ist zur Regierung übergegangen.

Die Matrosen der Volksmarine-Division, die bisher als Liebknechtstruppe galten, haben erklärt, daß sie sich der Kommandantur unterstellen.

Verschiedene Vororte sind ohne Wasser und Licht, und zwar infolge Streiks der betreffenden Werke.

Neben dem Strahlenbahnverkehr ist heute auch der Stadtbahnverkehr eingestellt.

Die Briefträger in den gefährdeten Gegenden der Stadt weigern sich Dienst zu tun, so daß die Briefbestellung lahm liegt.

Das Provinzialamt und die Reichsdruckerei sind von den Regierungstruppen wiederbesetzt worden. Es wurde mit Artillerie beschossen.

Der Bürgerkrieg.

(Von unserem händigen Mitarbeiter.)

CB, Berlin, 9. Januar, nachm.

Wir wollen uns nichts länger vormachen: er droht nicht mehr, wir stehen mitten in ihm, in dem Strahlen- und Bürgerkrieg in der Hauptstadt des Deutschen Reiches. Im Westen der Stadt herrscht es ziemlich ruhig, nur ab und zu hört man von fern her das Knattern von Maschinengewehren. Auch die Strahlen der Innenstadt sind durchaus nicht etwa von kämpfenden Massen erfüllt. Im Gegenteil: ein Kundgang durch Leipziger-, Wilhelmstraße, über die Linden in den frühen Vormittagsstunden unternommen, zeigt sehr bald einen deutlichen Unterschied gegenüber den vorangegangenen Tagen.

Jedem, nicht einmal in der Siegesallee, dem täglichen Treffpunkt der „revolutionären Arbeitermassen“, ein Erbeben, wie man es erwartet hatte. Regierungssoldaten, aus allen oder vierten an den Strahlenszügen aufgestellt, kontrollieren den vorübergehenden Verkehr. Im übrigen aber machen diese Teile der Stadt eher den Eindruck eines Kriegslagerplatzes nach der Schlacht. Die Wilhelmstraße liegt wie ausgestorben da. Indessen merkt man bald, daß hinter den Fronten der Regierungssoldaten eifrige Vorbereitungen für etwaige neue Kämpfe getroffen werden. Nur in der Friedrichstraße herrscht das wohlbekannte lebhafteste Gedränge. Junges Volk kommt mit den ebenfalls recht jugendlich aussehenden Boten wiederholt in scharfen Wortwechsel. Die Soldaten lassen sich aber nicht einschüchtern, sondern setzen auf einen Scheitern andershalbe. Ganz hoch oben in den Lüften kreisen Flugzeuge, die die allgemeine Aufmerksamkeit vorübergehend auf sich ziehen. Was sie wollen, was sie sollen, kann man nur vermuten. Jedenfalls: dieses wichtige Regierungsquartier ist offensichtlich ausgereit in der Hand der revolutionären Gewalt. Spartakus hat dieses Feld geräumt — für wie lange, ist allerdings eine andere Frage.

Aber weiter nach dem Zentrum hinein zwischen Leipziger Straße und dem Halleschen Tor reiht den ganzen Vormittag über das Gewehrfeuer nicht ab. Merkwürdig, die Strahlenposten, zumeist wie es scheint Spärgänger männlichen und weiblichen Geschlechts, die wie auf einem kleinen Revolutionsbummel begriffen sind, haben kaum noch die Röhre, wenn neue Gewehrschüsse ertönen. Als wir vor einem Jahr aus Vetersburg, aus M.S. zu hörten, wie unglaublich reich sich das Publikum dort an die idealischen Erscheinungen der Revolution gemöhnt habe, bieten wir diese Schilderungen für reporterhafte Wichtigkeit. Jetzt erleben wir das gleiche Schauspiel bei uns in Berlin. Nur bei Maschinengewehrfeuer, oder wenn gar von fern her Geschütze ihre laute Stimme erheben, geht noch eine Bewegung des Schreckens durch die Reihen.

Hier im Zentrum tobt der Kampf augenscheinlich um das Zeitungsviertel. In erster Reihe soll das Geschäftshaus von Rudolf Mosse aus der Gewalt der Spartakustruppen befreit werden. An der Ecke der Jerusalemer- und Schützenstraße gelegen, beherrscht es, man kann behaupten, fast die gesamte, die benachbarten Strahlenszüge bis hinüber zum Dönhofsplatz, wo Regierungstruppen mit Maschinengewehren aufgestellt genommen haben. Hier ist als erstes Opfer des heutigen Tages ein Haus zusammengeschossen worden, aus dessen lauem erkaltetem Körper einige Bewegene sich sofort die besten Fleischstücke herauszuschneiden. Die Besatzung des Hauses ihrerseits befreit von den beiden Frontseiten des Gebäudes aus mit ihren Waffen die Jerusalemerstraße und man darf ihr keine sonderliche Unterwerfung austrauen, ob sie es mit bewaffneten Gegnern oder harmlosen Strahlenposten zu tun haben. Daneben in der Zimmerstraße, vor dem Geschäftshaus von August Scherl ist es vergleichsweise ruhiger, weil dieses Gebäude mit demjenigen Teile, der die Fabrikalagen und Maschinenräume umfaßt, der Hauptpassage vom Dönhofsplatz zum Halleschen Tor weniger ausgesetzt ist. Auch um die Ecke Charlottenstraße, 10: dem Wolffischen Telegraphenbureau will die Schießerei kein Ende nehmen. Bald trägt sie nur den Charakter mehr spielerischen Geplänkels, bald sieht es aus, als sollte wieder einmal ein ernsthafter Sturmversuch gemacht werden. Jedenfalls: Gewalt wird jetzt gegen Gewalt geübt. Mit dem Verhandeln wird keine solide Zeit mehr verträglich.

So ist über Berlin der Bürgerkrieg heraufbesogen. Die Bürger haben ihn nicht gewollt und die Regierung hat sich gegen ihn auf das äußerste gestraut, länger als sie es nach der allgemeinen Überzeugung hätte tun dürfen. Jetzt aber ist auch ihre Geduld erschöpft. Ganz ohne Nutzen scheinen die Erfahrungen der letzten Tage an ihr auch nicht vorübergegangen zu sein. Der Aufruhr, mit dem sie heute früh ihren Entschluß, gründliche Arbeit zu tun, der Öffentlichkeit verkündet, ist nicht mehr an die „Arbeiter, Soldaten und Bürger“ gerichtet, sondern er wendet sich an die „Mittbürger“ schlechthin — wir sind also alle wieder gleichen Rechtes vor den Augen der Regierung. Und ein anderer Aufruhr, der an den Wauerreden steht und von dem Stadtkommandanten Roske mitunterbrochen ist, ruft gleichfalls alle wehrhaften Männer der Stadt zu den Waffen und namentlich die Studentenschaft, ohne danach zu fragen, ob sie dieser oder jener politischen Richtung an-

gehören, ob sie sich in ihrem Herzen für oder gegen die Regierung Ebert-Scheidemann gebunden fühlen. Nur das ganze Bürgertum kann das deutsche Reich noch retten vor völligen Untergang. Nur die werktätige Mitarbeit des ganzen Volkes kann die Schreden des Bürgerkrieges wenn auch nicht mehr abwenden, so doch wenigstens in sehr abfürs, wie die traurige Lage unseres Landes es überhaupt gestattet.

Die Stunde der Abrechnung naht!

(Kundgebung der Regierung.)

In der Stunde der Gefahr hat die Reichsregierung folgenden Aufruf an die Berliner Bürgerschaft erlassen:

Mitbürger! Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen zehn Tagen die freie Entscheidung des Volkes und sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht zusehen dürfen, keine Stimme soll unterdrückt werden. Die Erfolge haben ihr gelehrt! Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben, die Presse ist unterdrückt, der Verkehr lahmgelegt. Teile Berlins sind die Städte blutiger Kämpfe, andere sind schon ohne Wasser und Licht. Proviantämter werden gekürrt, die Armierung der Soldaten und Zivilbevölkerung wird unterbunden.

Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um die Schrecken der Gewalt zu zertrümmern und ihre Wiederkehr für allemal zu verhindern. Entscheidende Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muß aber gründliche Arbeit getan werden und die bedarf der Vorbereitung. Dab nur noch kurze Zeit Geduld, seid zuversichtlich, wie wir es sind, und nehmt euren Platz entschlossen bei denen, die euch Freiheit und Ordnung bringen werden. Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden! Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrückung und der Anarchie ein Ende machen.

Der von allen fünf Volksbeauftragten unterzeichnete Aufruf schließt mit den Worten: Einzelne Erfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen lächerlicherweise aufgedunscht werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung. Die Stunde der Abrechnung naht!

Die Kämpfe am Donnerstag.

Berlin, 9. Januar, nachmittags.

Soweit sich zur Stunde übersehen läßt, scheint die Position der Regierung günstiger zu werden, wenn auch die entscheidenden Kämpfe erst bevorstehen. Denn immerhin hat die Regierung, die von ihrer Macht noch keinen aufkommenden Gebrauch gemacht hat, achtenswerte Teilerfolge erzielt. Vor allen Dingen ist die Reichsdruckerei wieder in ihren Händen und zwar unverfehrt. Die pflichtgetreuen Beamten hatten bei dem Anrücken der Spartakisten noch schnell die Treffer mit ihren 18 Millionen Mark Banknoten rechtzeitig schließen und sich mit den Schlüssel in Sicherheit bringen können. Die Stahl-treffer widerstanden aber allen Versuchen, sie zu öffnen. Die Regierungstruppen nahmen das Gebäude nach

Kassiererbereitungen

mit kühnender Hand, wobei die Gebäulichkeiten natürlich allerbald abbetamen. Der Vorwärts und die bürgerlichen Zeitungen in ihrer Mehrzahl sind allerdings noch im Besitz der Spartakisten, doch dürften sie auch hier die längste Zeit gehaht haben. Auffallend ist, daß die rechtsstehenden Blätter von den Spartakisten so gut wie unbeeinträchtigt geblieben sind. Man vermutet, daß sei aus der Ermüdung heraus geschehen, daß diese Blätter, wenn auch aus Gründen, Gegner der Regierung Ebert-Scheidemann sind. — Interessant dürfte die Feststellung sein, daß

große Geldsummen für die Spartakisten

bereitgestellt worden sind. Meldungen aus Holland bezogen nämlich, daß in diesem Zusammenhang schon öfter genannte frühere russische Gesandte in Berlin, Joffe, allein im letzten Juli für solche Zwecke 30 Millionen Rubel nach Deutschland geschickt habe. Unzweifelhaft stehen Spartakus gewaltige Summen zur Verfügung, denn er zahlt an keine Rämpfer erhebliche Tagelöhner. So erhält ein M.G.-Führer nicht weniger als 75 Mark, ein „Freiwillstredner“ 50 Mark und ein Wachposten 30 Mark täglich. — Von dem um Berlin herumliegenden Eldern ist Spandau völlig in der Hand der Spartakisten. Die Mehrheitssozialisten im Soldatenrat wurden verhaftet, und dieser setzt sich jetzt nur noch aus Spartakisten zusammen. Zu blutiger Auseinandersetzung kam es in Spandau nur einmal. Über

die Stimmung der Truppen.

die der Regierung zur Verfügung stehen, wird berichtet, daß diese vorzüglich ist und die Truppen in der Hand der Führer eine glänzende Masse darstellen. Auch die Matrosendivision steht auf der Seite der Regierung und hat ihren Führer verhaftet, weil sich dieser daran beteiligt hat, den Liebknechtischen Leuten Waffen auszubändigen.

Kleine Meldungen.

Berlin. Die Blonierkaserne in der Nähe der Köpenickerstraße ist von den Regierungstruppen wiederbesetzt worden.

— Spartakisten veruchten in Döberitz sich in den Besitz von Flugzeugen zu setzen. Der Soldatenrat lehnte dem Verlangen energischen Widerstand entgegen und sprengte sie nach dem Abzug der Spartakisten aus freiem Felde in die Luft.

Wilhelmshaven. Das Wilhelmshavener Tageblatt ist mit dem gestrigen Tage in den Besitz des U.S.R. übergegangen und wird als Organ der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei unter dem Titel „Die Tat“ fortgeführt werden.

Basel. Aus Moskau wird die angebliche Absicht der Sowjetregierung gemeldet, 250.000 Volksgeweihten zur Unterstützung der Spartakusbewegung in Deutschland zu entsenden.

Osag. Für den Fall, daß in Deutschland eine bolschewistische Regierung zustande kommt, droht Frankreich mit dem Bruch des Waffenstillstandes.

Japanische Schiffslinie nach Deutschland.

Die japanische Dampfschiffgesellschaft Nippon Yusen Kaisha plant die Einrichtung einer Linie nach Hamburg. (Aus japanischen Zeitungen.)

Unser Volk liegt in unserer Arbeit. Wir brauchen Einfuhr von Lebensmitteln, und um die zu bezahlen, müssen wir Geld haben. Wir müssen Geld verdienen, indem wir arbeiten und die Erzeugnisse unserer Arbeit

ausführen. Wir müssen wieder auf dem Weltmarkt erscheinen und die Länder, die unsere Waren brauchen, mit den Erzeugnissen unserer Industrie versorgen, mit Maschinen, Chemikalien, Farben, Werkstoffen, Schreibmaterialien, Spielwaren, Musikinstrumenten und den tausend anderen Dingen, die wir vor dem Kriege an alle Welt geliefert haben. Wir müssen Geld verdienen, nicht bloß um Rohstoff zu beziehen zu können, sondern auch um die Rohstoffe einzukaufen, die wir für unsere Arbeit brauchen, und auch um unsere Schulden zu bezahlen. Das ist ein sehr großes Kapitel.

Man fürchtete unsere Lächerlichkeit, unsere Leistungsfähigkeit, den Wettbewerb unserer Waren vor dem Kriege — man fürchtete sie bereits jetzt wieder. Ginge es nach England, so möchte es uns am liebsten gänzlich aus den Weltmärkten ausschalten, indem man uns die Rohstoffe entzöge, indem man den fremden Völkern verböte, unsere Waren zu kaufen. Die ganzen Kriegsjahre über hat England mit schwarzen Wägen gearbeitet und damit gedroht, daß der deutsche Kaufmann zehn Jahre nach Friedensschluß oder noch länger geächtet sein solle. Noch jetzt, da der Friede in Sicht ist, sehen wir unsere Gegner überall am Werke, so eifrig wie möglich alles zu zertrümmern, was es von deutschem Handel, deutschen Beziehungen erreichen kann. Deutsche Vermögen werden konfisziert, Banken und Firmen in Liquidation genommen, Fabriken expropriert, Grundstücke beschlagnahmt, sogar die Klublokale geschlossen; die deutschen Schiffe im Auslande hat man längst überall gestohlen. Mit einem Worte: Deutschland soll nicht mehr mitspielen in der Welt.

Da kommt die unter anderen Verhältnissen nicht sehr aufregende Nachricht, daß die große japanische Dampfschiffgesellschaft, die etwa mit dem Norddeutschen Lloyd oder der Hamburg-Amerika-Linie zu vergleichen ist, gleich nach dem Friedensschluß eine regelmäßige Verbindung über Suez und das Mittelmeer nach Hamburg betreiben und daß sie in Hamburg eine eigene Agentur einrichten will. Das ist ein Beweis, daß es ohne Deutschland doch nicht geht. Die Japaner wollen sich von England nicht so weit bevormunden lassen, daß sie sich von den Wohl-taten des Verkehrs mit Deutschland ausschließen. Sie sehen ein, daß sie besser tun, deutsche Waren zu beziehen und ihre eigenen Waren nach Deutschland zu bringen.

Nicht Freundlichst veranlaßt sie dazu. Die Japaner sind unsere Feinde, sie haben sogar schmähdlich an uns gehandelt. Sie, die das beste ihrer modernen Kultur von uns bezogen haben, die in Webstuhl, Leinwand, Baumwollen, Chemie und vielen anderen Zweigen uns alles abgelesen und abgestohlen haben, überließen unseren verlorenen Posten im Osten und heimstern eine leichte Beute ein. Wir haben keinen Grund, ihnen besonders entgegenzukommen — im Gegenteil, Vorhalt und Zurückhaltung den Japanern gegenüber ist am Platze. Aber wir können uns über die Tatsache der Annäherung doch freuen, wie die Feinde sich darüber ärgern werden. Dieser Schritt der staatlich subventionierten japanischen Schiffahrtsgesellschaft ist ein Beweis unserer Lächerlichkeit und gibt uns Hoffnung auf ein allmähliches Wiedererlangen unserer Volkswirtschaft.

Von neutraler Seite sind solche Ermütigungen schon mehr gekommen — so befaßte die holländische Regierung bei der deutschen Telefunken-Gesellschaft zwei große Stationen für drahtlose Telegraphie, eine für Holland selbst, eine für Java, trotz der mächtigen Marconi-Klatsche. Vom Feinde ist das die erste Friedensstaube von Berlin.

Welt und Wissen.

— Säuglingspflegeunterricht in Mädchenkolen. Aus einer vom deutschen Städteverband veranstalteten Umfrage ist zu ersehen, daß etwa 20 deutsche Städte den Vorkursunterricht in der Säuglingspflege für die letzten Klassen der Mädchen-Volk- und Mittelschulen vorgeschrieben haben. Diese Einrichtung findet sich vorwiegend in norddeutschen Städten. Der Unterricht umfaßt in der Regel praktische und theoretische Ausbildung. Die Unterrichtserfolge werden von den einzelnen Stadtverwaltungen als durchwegs gut bezeichnet.

— Zwischenmeister für Kriegsteilnehmer. In allen preussischen Universitäten werden zwischen dem Schluß des laufenden Semesters und dem Beginne des nächsten Sommersemesters Zwischenmeister für Kriegsteilnehmer sämtlicher Fakultäten eingeschaltet.

— Peter Altenberg gestorben. Der bekannte Wiener Dichter Peter Altenberg ist im Alter von 66 Jahren gestorben. Er war ein Meister der kleinen Form: sein Ziel war, einen Menschen in einem Satz, eine Landschaft in einem Wort zu schildern. Von keinen Büchern ist besonders der Band „Wie ich es sehe“ bekannt geworden.

Rab und Fern.

— Ein Urteil der englischen Besatzungsbehörden in Köln. Das Kriegsgericht der Besatzungsbehörde in Köln belegte den Besitzer eines Panoptikums, der währereine Beine ausgestellt hatte, an denen angeblich von englischen Dum-Dum-Geschossen herrührende Wunden nachgebildet waren, mit der englischen Soldaten Kergernis nahmen, mit schwerer Strafe. Die Strafe lautete auf vier Monate Gefängnis und 7000 Mark Geldstrafe oder weitere zwei Monate Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.

— Brand einer schlesischen Zuckerfabrik. In der n. Nischhofischen Zuckerfabrik in Gutsherrn, Kreis Striegau, brach Feuer aus, das bei dem herrschenden Sturm aller Löschversuche spottete und das ganze Hauptgebäude der Fabrik mit allen Vorräten und Rohstoffen der diesjährigen Ernte verzebrte.

— Wilson Ehrenbürger von Paris. Der Pariser Stadtrat hat dem Präsidenten Wilson einstimmig das Ehrenbürgerrecht von Paris verliehen. Der Abstimmung ging ein Vortrag voraus, in dem daran erinnert wurde, daß der Titel „Ehrenbürger von Paris“ im Mittelalter an Persönlichkeiten verliehen wurde, die nicht nur der Stadt Paris, sondern Frankreich überhaupt große Dienste erwiesen hatten.

— Schwere Föhnkaden in der Schweiz. Ein orkanartiger Föhn, der fast 40 Stunden lang durch die ganze innere Schweiz tobt, hat in allen Gegenden des Landes großen Schaden angerichtet. In vielen Orten wurden Dächer und Ramine abgehoben. Besonders groß war der verurachte Schaden im Appenzeller Land, wo ausgedehnte Waldflächen freigelegt und quer zusammengerissen wurden. Im Grindelwald sind mehr als 20 Gebäude fast völlig zerstört worden. Der Schaden wird hier auf 100.000 Franken geschätzt. Am Aarischer Balde wurde die

...iffes von ...spartei!
...anahof.
...12. Jan. 1919
...ellung
...abends ab
...ot
...nd 4 Akten.
...erstellung
...zt
...Beiprogramm.
...bis 1/9 Uhr.
...bis 5 Uhr.
...Platz 50 Pfg.,
...e Hälfte.
...on Schink.
...sen,
...en im Reichs-
...aufende bürger-
...dem damaligen
...selben den bür-
...ders!
...Stimme
...te gerechnet,
...d.
...hät sich diesmal
...turne fernbleibt,
...heit will, der
...e bürgerliche
...entlich gefinnlen
...Partei“
...en oder an die
...12/13 (Müllers
...en
...unhof
...assen,
...undschaft
...Naunhof
...ratur
...g meines
...einschla-
...nd preis-
...hofstr.10.
...rinnen
...Arnhold.
...rennende Ta-
...ffes und einem
...auen — deut-
...bel.

Raimauer auf eine Strecke von 80 Metern in den See gespalzt. Auf dem Urner See hat der Orkan drei Menschenleben gefordert.

Die Herzogswürde für Sir Douglas Haig. Wie in maßgebenden Kreisen verlautet, trägt sich der König von England mit dem Gedanken, Sir Douglas Haig für seine Dienste während des Krieges die Herzogswürde zu verleihen. Diese Belohnung soll durch eine namhafte Geldspende der Nation vervollständigt werden, der sich der Dank der beiden Häuser des Parlaments anschließen soll. Für den Admiral Sir David Beatty ist die Pairswürde zugleich mit einer bedeutenden Geldspende vorgesehen.

Ein Drohbrief an die Königin von Holland. Vor einigen Tagen erhielt die Königin von Holland einen Drohbrief, in dem es heißt, daß, wenn der deutsche Kaiser nicht innerhalb acht Tagen das Land verlassen haben würde, ein Anschlag auf ihr Leben geschehe. Die acht Tage sind verstrichen, ohne daß die Drohung wahrgemacht worden ist. Der in Amsterdam zur Post gegebene Brief wurde photographiert und zur nötigen Aufklärung sämtlichen Kommissionen der politischen Abteilungen zugestellt. Bis jetzt blieben die Nachforschungen ohne Erfolg.

Eine der reichsten Frauen der Welt gestorben. Frau Margaret Olivia Slocum Sage, eine der reichsten und bekanntesten Frauen der Welt, ist im Alter von 90 Jahren in New York gestorben. Sie war die Witwe des vielfachen Millionärs Russell Sage, der ihr bei seinem Tode ein Vermögen von 70 Millionen Dollar hinterlassen hatte. In den Vereinigten Staaten blieb es, daß im Wörterbuch von Russell Sage das Wort Menschenliebe nicht gestanden hätte; was aber er veräußerte, das hat seine Witwe nachgeholt. Im Laufe von einem Jahrzehnt hat sie 25 Millionen Dollar für gemeinnützige Zwecke verwendet.

Ardeopopen, wina im Ungarn hatte, wie ein schwedisches Blatt erzählt, eine Stockholmer Familie, der es unter vieler Mühe gelungen war, ein Hausbrot zu backen und demselben Dose aufzufüttern. Man freute sich schon auf den saftigen Braten. Doch als man eines Morgens das „teure Familienmahl“ in seiner Behausung besuchen wollte, war der Stall leer. Die Trauer war groß. Da fiel man plötzlich beim Durchsuchen des Strohs auf eine wohlgefüllte Brieftasche, die 2000 Kronen enthielt. Bei dem Kampf mit dem widerpenigen Schwein war sie offenbar dem Dieb aus der Tasche gefallen.

Laminierwerk. Die Gotthardbahn-Kraftwerke Ritomsee wurden, wie aus Basel berichtet wird, durch eine ungeheure Lawine verschüttet. 15 Arbeiter wurden unter den Schneemassen begraben. Zwei wurden getötet. Der Schnee liegt drei Meter hoch.

Umtausch der Berliner königlichen Bibliothek. Die bisherige „Königliche Bibliothek“ zu Berlin wird von jetzt ab die Benennung „Preussische Staatsbibliothek“ führen.

Ein Fremdenverbot für ganz Thüringen steht bevor. Der Arbeiter- und Bürgerrat in Jena hat beschlossen, den Sommerfrischverkehr 1919 vollständig zu unterbinden. Dem Bezirks-ASA in Erfurt liegt ein Gesuch vor, für ganz Thüringen denselben Beschluss zu fassen. Veranlassung zu dieser Maßnahme gab die im vergangenen Jahre in Erscheinung getretene Hamstererei.

Die Wittenberger Museumsdiebe in Berlin ergriffen. Die Einbrecher, die in der Lutherhalle zu Wittenberg eine große Anzahl wertvoller Bücher und Münzen entwendeten und ihre Beute nach Berlin brachten, sind in einem Antiquariatsgeschäft festgenommen worden.

Schichtarbeitertag in Frankfurt a. M. Durch eine Verordnung des Arbeiterrats wurde in Frankfurt am Main der Schichtarbeitertag eingeführt. Die Maßnahme wurde mit der Notwendigkeit begründet, weiteren Entlassungen von Arbeitskräften vorzubeugen und zugleich die Brennstoffvorräte zu sparen.

Das Hoftheater in Wiesbaden geschlossen. Der außerordentlich gestiegene Mangel an Kohlen, der eine genügende Beheizung und Beleuchtung des ehemaligen Hoftheaters in Wiesbaden unmöglich macht, hat zur Schließung dieser Bühne geführt.

Die Angehörigen der Kaiserin Jita auf der Flucht. Die „Neue Züricher Zeitung“ läßt sich aus Innsbruck melden, daß sich die Mutter der Kaiserin Jita mit ihren Söhnen Elias und René in Lustenau im Gasthof zum Kaiser von Habsburg befindet. Ihre Absicht, in die Schweiz zu reisen, wurde vereitelt, weil ihre Papiere nicht in Ordnung waren. Die Dame wollte an-

geblich Wertpapiere in Höhe von 20 Millionen Kronen in die Schweiz bringen.

Amerikanischer Überland-Geschwader-Flug. Der amerikanische Nachrichtendienst der Schweiz meldet aus New York: Der erste transkontinentale Geschwaderflug ist von fünf Militärflugzeugen ausgeführt worden. Die Flieger stiegen am 14. Dezember an der pazifischen Küste auf und kamen am 23. Dezember in Jacksonville (Florida) an. Die Regierung sammelt gegenwärtig Material von Fliegern aus 25 Flugstationen, um einen Luftreiseführer auszuarbeiten.

Milchüberfluß im besetzten Rheinland. Aus Köln wird mitgeteilt: Der Kreisrat bittet in einer Bekanntmachung die Bevölkerung, möglichst viel Milch zu verbrauchen, da infolge der Sperrung des gesamten Verkehrs nach dem rechten Rheinufer sehr viel Milch verbuttert wird, wobei größere Mengen Magermilch freikommt. Auf den Kopf der Bevölkerung entfällt täglich ein Liter.

Das deutsche Theater in Riga niedergebrannt. Einer Meldung aus Riga zufolge ist das deutsche Theater in Riga das Opfer einer örtlichen bolschewistischen Brandstiftung geworden. Da die Feuerwehr nicht eingriff, ist das stattliche Haus völlig niedergebrannt.

Beschlagnahme erzbischoflicher Güter. Wie die Wiener Blätter aus Lemberg melden, hat die polnische Rada Karobonna die Besitztümer des Erzbischofs Friedrich im Lemberger, Bialer und Freistädter Bezirk in Besitz genommen. Die Warschauer Regierung hat die Beschlagnahme der Güter des Erzbischofs bestätigt.

Es wird nur noch im großen gemauert. In Gotha sind beim Verkauf von Militärpferden an einem Tage nicht weniger als 28 Stück getötet worden. An einem anderen Tage waren sieben abhandeln gekommen. „Nicht wird nur noch im großen gemauert“ heißt es dort unter den Soldaten.

Ludendorffs Heimkehr. Einem Leipziger Blatt zufolge ist der ehemalige Generalquartiermeister Ludendorff von seiner Erholungsreise nach Schweden, die er mit Zustimmung der Regierung unternommen hatte, zurückgekehrt. Er ist gegenwärtig mit der Abfassung einer Rechtfertigungsschrift beschäftigt.

Der Gothaische Kalkender und die Revolution. Im Gothaischen Kalkender für 1919 sind auch die entthronten Herrscherfamilien im Deutschen Reich und Österreich in gewohnter Weise aufgeführt. Dem Ergebnisse der Revolution ist dadurch Rechnung getragen, daß vor die Titel der Monarchen, Thronfolger und Regenten das Wort „vormals“ gesetzt ist. Außerdem ist das Datum der Thronentlassung angeführt, oder, wo sie bei der Drucklegung des Werkes noch nicht erfolgt war, durch Punkte angedeutet.

Schlagende Wetter in einer lothringischen Grube. Wie aus Metz gemeldet wird, ereignete sich in einer Grube bei Wertenbach in der Nacht vom 2. zum 3. Januar ein schlagendes Wetter, dem 70 Leute zum Opfer fielen. Ungefähr 30 konnten aus der Grube herausgeschafft werden.

Eine auffallende Verhaftung. Der Rassenwart des Berliner Sicherheitsdienstes Vauer ist unter der Beschuldigung, 45 000 Mark unterschlagen zu haben, verhaftet worden. In die Angelegenheit ist noch ein Reihe weiterer Verlonen des Sicherheitsdienstes verwickelt.

Hamburg ohne Gas. Wie aus Hamburg gemeldet wird, ist dort die Kohlenzufuhr schon seit längerer Zeit gering, da in den nächsten Tagen die Gasversorgung der Stadt eingestellt werden muß, wenn nicht noch im letzten Augenblick Kohlenzufuhren erfolgen.

Französischer Sprachunterricht in der Pfalz. Die Besatzungsbehörden haben, wie aus der Südpfalz gemeldet wird, die Einführung des französischen Sprachunterrichts in den Volksschulen verfügt. In den Städten Annweiler und Bergsheim soll wöchentlich ein dreistündiger Unterricht, in den Landsschulen ein ein- bis zweistündiger Unterricht erteilt werden. Der Unterricht ist nach der Methode der Lehrbücher zu erteilen.

Französische Offiziere und Zivilbewohner. Auf Wiesbaden wird berichtet: Da die Haltung mancher Einwohner von Wiesbaden gegenüber der Besatzung sehr zu wünschen übrig läßt, verfügte der kommandierende General, daß sämtliche Einwohner, mit Ausnahme der Frauen, auf den Bürgersteigen den französischen Offizier ausweichen müssen. Ehrenbezeugungen werden nicht vor der Bürgerschaft verlangt.

Schiffungslid. Der Hamburger Seeschleppdampf-

„Möge“ des Nordischen Bergungsvereins, der im Dienste der Marine stand und am 23. Dezember Emden verließ, um sich zur Demobilisierung nach Hamburg zu begeben, ist weder auf der Elbe eingetroffen noch hat er ein Lebenszeichen gegeben. Er dürfte in dem schweren Sturmwetter in der Nacht zum 24. Dezember, das zu einer Sturmflut führte, den Untergang gefunden haben. Ein Bordbefandene Kapitän, Steuermann, ein Deckmann und ein Marinekommando.

Die Kriegskasse der Armee Mackensen veruntreut. Ein ungarisches Blatt meldet aus Kronstadt: Die Kriegskasse der Armee Mackensen, die 67 Millionen Lei (1 Lei normal = 80 Pfennig) in rumänischen Banknoten deutscher Herstellung enthielt, wurde von dem Führer der Kasse in Kronstadt zum Kurze von 90 Sellen feilgeboten. Kleineren Budapest Banknoten machten sich das Geschäft zunutze. Die Behörden in Budapest haben mehrere Ankäufer bereits ausfindig gemacht und ihnen hohe Steuerstrafen auferlegt.

Volkswirtschaft.

Die Versorgung mit Getreide dürfte demnächst gut werden. In der Nordsee haben etwa 85 Dampfer innerhalb der freigegebenen Zone nach Großbritannien und Skandinavien die Fischerei aufgenommen; eine größere Anzahl von Schiffen steht in kurzer Zeit zur Ausfahrt bereit. Die neueren Meldungen sprechen von Fischmengen, wie sie seit Kriegsende in der Nordsee nicht dagewesen sind. Man glaubt, daß heftige vulkanische Bodenveränderungen im Meer und Aufbruch in der tosenden Tiefe die Ursache einer riesenhaften Abwanderung aus Island Fischergewässern ist. Auch im Kattegatt stehen Unmengen von Fischen, namentlich Hering und Dorsch. Schon vor 14 Tagen wurden in Göttingen Heringe massenhaft, und zwar über 100 Stück zu 10 Pfennigen versteigert. Die ersten deutschen Fischdampfer brachten von ihrer ersten Reise etwa 3000 Zentner Fische nach Hamburg.

Einigungsverhandlungen im Ruhrgebiet. Die Vertreter des Besatzungsverbandes traten mit den Vertretern der Angestellten zu einer Besprechung der bei letzteren vorliegenden Wünsche auf dem Gebiete des Anstellungsvertrages und über Betriebsfragen zusammen. Es wurden alle Forderungen eingehend erörtert. Der Besatzungsverband sagte zu, in nächster Zeit zu den aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen und dann erneut mit den Angestellten-Verbänden zu verhandeln. Die zu treffenden Abmachungen sollen rückwirkend ab 1. Januar 1919 gelten.

Bermischtes.

Ein prophetisches Wort über die Provinz Posen. Vor etwa zwölf Jahren ließ der Landesökonomierat Bendorf unter dem Titel „Der Kampf der Deutschen und Polen um die Provinz Posen“ eine Schrift erscheinen, deren prophetische Schlüsse heute fast reiflos Wirklichkeit geworden sind. „Sollte das Unglück eines Krieges“, so lautet diese Sage, „zwischen Deutschland und Rußland kommen, so wäre der Pole der Dritte, der sich freute, denn dann wäre die Möglichkeit der Auferhebung Polens gegeben. Sollte Rußland gewinnen, so würde es allerdings von seinem Reich keine Provinzen abtreten, und aus den kleinen preussischen Landstrichen, in denen Deutsche und Polen gemischt wohnen, ließe sich ein Reich, selbst wie das Herzogtum Warschau, nicht errichten. Sollte aber Rußland verlieren oder wegen seiner allzu gewaltigen Ausdehnung sich einstmals zerteilen, so ließe sich eher denken, daß das Kongresspolen von 1815 vielleicht mit erweiterten Grenzen entstände. Dann aber würden die Deutschen in der Provinz Posen erst recht keine Ruhe vor den Polen haben, denn diese würden, nachdem sie einen eigenen Staat mit der Hauptstadt Warschau erlangt haben, Deutschland dafür keineswegs dankbar sein, sondern immer mehr, um also die Provinz Posen haben wollen.“

Ein bedenkliches Telegramm. In diesen Tagen wurde auf dem Bahnhof in Helmond in Holland ein Telegramm mit folgendem Inhalt angehalten: „An R. N. in Alkmaar. Ein Japaner tot, ein Rothbringer im Sterben. Sendung nicht angenommen. Was tun? K.“ Das Telegramm ist verdächtig und bei der herrschenden Spionensucht war es kein Wunder, daß sich die Militärzensur über die Depesche besorgte Gedanken machte. Der Absender erhielt den Bescheid, daß die Depesche aus amtlichen Gründen nicht abgehandelt werden könnte. Man kann sich aber die Gefährlichkeit der hohen Herren auf dem Amt vorstellen, als der Absender trocken mitteilte, es handle sich in dem Telegramm nur um — Kaffeelieferungen, denen die Bahnfahrt nach Helmond schlecht bekommen wäre.

Bergmanns Töchterlein.

Roman von Martin Fester.

26

Nach kurzer Prüfung rief er aus: „Was ist das? Das sind ja Scheine! Beim Himmel! Gerade die, welche dem jungen Dietrich gestohlen wurden! Hier habe ich die Nummern!“
Wäre ein Blitzstrahl plötzlich vor Franz Degow in die Erde gefahren, er hätte nicht erschrockener und bestürzter sein können. Bis dahin glaubte er es mit einem, allerdings unvollständigen Mißverständnis zu tun zu haben. Aber nun, was war das? Welche ihm ein Zerkerspuß? Waren die Mächte der Hölle gegen ihn losgelassen, um ihn zu verderben?

Raum wissend, was er tat, sprang er auf den Inspektor zu und packte ihn an den Handgelenken. „Was? Was sagen Sie?“ schrie er zornig. „Scheine! Wo kommen die Scheine her?“
„Das frage ich Sie!“ sagte der Inspektor gelassen, indem er sich aus dem eisernen Griff Franz Degows zu befreien suchte. „Es sind positiv die Scheine, die dem Kassen des Bergwerkes gestohlen wurden. Wie kommen dieselben in Ihren Besitz?“

„Ich weiß es nicht“, rief Franz außer sich. Er hob beschwörend die Arme hoch. „Gott im Himmel ist mein Zeuge, daß meine Hand niemals diese Scheine in den Kasten gelegt hat!“

Der Beamte suchte die Achseln. „Ihr werdet eure Unschuld beweisen müssen“, sagte er kühl. „Einstweilen, es tut mir leid, aber aus diese Verdachtsmomente hin bleibt mir nichts übrig, als — Euch verhaften zu lassen.“

Franz schrie auf wie ein verwundetes Tier. Er sank auf einen Stuhl und schlug die Hände vor das Gesicht. Er rief die Sitten. War es denn möglich? Konnte dies Wirklichkeit sein? Es war ein Traum, ein schrecklicher Traum, auf den bald ein um so schöneres Erwachen folgen mußte.

„Der Haftbefehl ist hier“, sagte der Inspektor, unbewegt durch den Jammer des unglücklichen Mannes, indem er das zweite Dokument aus seiner Tasche zog. „Wollt Ihr ihn lesen?“

Er schob den Bogen in Degows Hand, welcher ihn mit klammernden Augen durchlas. Dann betrachtete er sich mit erschrockener Anstrengung, bis sich bestig auf die Lippen und

las nochmals langsam jedes Wort des amtlichen Schreibens. Als er unten den Namen seines Nebenbüblers und Arbeitgebers gewahrte, sprang er auf, wie von einer Ratter gestoßen. Aber er bewang sich aufs neue und fragte nur mit besserer Stimme: „Wie kommt es, daß Herr Albert Dietrich unterschrieben hat?“

„Sehr einfach“, war die Antwort. „Ich ging zu ihm, weil er der nächste Friedensrichter ist.“

„Sie gingen zu ihm, er kam nicht zu Ihnen?“
„Nein.“

„Es ist also nicht sein Wert?“
„Nein, es ist das meine“, lautete die triumphierende Antwort. „Ich hatte meinen Verdacht, und es scheint, daß ich mich nicht irrte. Seid Ihr bereit, mit mir zu gehen?“

„Was bleibt mir übrig?“ sagte der junge Mann bitter; aber ich erkläre Ihnen feierlich, daß ich unschuldig bin. Wager der Schein noch so sehr gegen mich sein, es wird mich gelingen, mich von dem schmachvollen Verdacht zu reinigen.“
„Ich hoffe es, aber einstweilen steht es nicht so aus“, meinte der Beamte. „Der erdrückende Belastungsbeweis ist da.“

„Gott steh mir bei; ja, ich kann nichts dagegen machen“, stöhnte Degow. „Ich bin das Opfer eines teuflischen Planes. Der Schuldige oder einer der Schuldigen muß mir dies angehan haben, um den Verdacht auf mich zu lenken.“

„Nun, beruhigt Euch nur, junger Mann!“ suchte der Inspektor den völlig Verzweifelten zu beruhigen. „Wollt Ihr Euch noch ein wenig zurecht machen? Es ist kalt draußen.“

„Wohin führen Sie mich?“ fragte Franz Degow, während er mechanisch seinen Anzug vervollständigte.

„Ins Dorfgängnis, aber morgen werdet Ihr vermutlich vor den Friedensrichtern des Bezirks-Polizeihofes in P. erscheinen müssen.“

„Nun ich zu Fuß gehen, Sie werden mir doch keine Handschellen anlegen?“

„Ihr müßt gehen, denn Droschken gibt es in Langenau nicht“, erwiderte der Inspektor, als sie zusammen die Treppe hinunterstiegen, von dem Gerichtsdiener und der schreckensbleichen Wirtin gefolgt. „Aber wenn Ihr mir das Versprechen geben wollt, ruhig zu sein und keinen Fluchtversuch zu machen, so will ich Euch nicht binden.“

„Ich danke Ihnen, Herr Inspektor, ich will alles verdrehen“, sagte Degow dumpf. „Warum sollte ich entfliehen wollen? Für mich ist ja ohnehin alles zu Ende.“

Er reichte seiner Wirtin die Hand, die sie schluchzend ergriff. Um sie zu trösten, zwang der junge Mann sich beinahe zu Heiterkeit.

„Seid nicht so traurig“, sagte er. „Ich bin unschuldig, und das wird sich sehr bald herausstellen. Es muß ja noch Gerechtigkeit geben. Sagen Sie jedem, der nach mir fragt, daß ich nichts fürchte und bald wiederkommen werde.“

Nach diesem Abschied verließ er mit dem Inspektor und dem anderen Polizeibeamten das Haus.

Dank dem unfreundlichen Wetter hatten sie so gut wie gar keine Begegnungen. Ein paar Anaben, die sie sonst sicher nicht ungehört gelassen hätten, waren zu eilig mit Schneebällen beschäftigt, um sich stören zu lassen. So erreichten sie ungehindert unter dichtem Nodengewirbel die Polizeistation. Es war dies ein altmodisches Backsteingebäude, welches ungefähr ein halbes Dutzend Räume enthielt. Zwei oder drei von diesen wurden zu verschiedenen Zwecken von der Polizei benutzt, zwei andere dienten zum Gebrauch für den Inspektor, und das letzte Zimmer, das mit einer feinen Tür und vergitterten Fenstern versehen war, als zeitweiliges Gefängnis für die Übeltäter des Ortes. In diesem letzteren wurde Degow untergebracht und auf seine Bitte ein Feuer angezündet. Er hat dann noch einmal, den Inspektor sehen zu dürfen, und sprach diesem gegenüber den Wunsch aus, an seine Freunde zu schreiben.

Der Verhaftete erwiderte sich, vor diese Freunde seien, und als ihm der Unteraufseher und dessen Tochter genannt wurden, gab er bereitwillig seine Zustimmung, ließ Papier, Feder und Tinte bringen und versprach, den Brief besorgen zu lassen.

Franz Degow setzte sich sofort nieder und geleichtete Jutta gegenüber sein Herz. Er teilte ihr mit, welches Unglück ihn ereignet hatte, und wie er gekommen war und, beschwor sie, ihm zu vertrauen und an seine Unschuld zu glauben. Nur die Hoffnung, daß sie und ihr Vater treu zu ihm halten würden, vermochte ihn in seiner Verzweiflung anstreben zu erhalten.

257, 20



für die G
Fuchsha

Erzählt m
Anzeigenpre

Nr. 7.

Belend

Infolge d
weileres

a) das E

1. The

2. von

Ron

von

3. von

b) das E

1. Säl

gen u

2. Sch

3. allen

kauf

Uhr abends

Die W

Sidde Grim

Wer diese

längnis bis

und nach Befin

Grim

Auf die T

den vom 16. d

Auf die ro

125 gr

auf die gr

500 g Griech

Gleichzeitl

No. 14

250 g Jude

Abgabe an

Januar. Gef

Grim

Der Bezi

Da

Das Min
preis eines P
40 Pf. erhd

Grim
Der Begl

Befann
Das nach
migte Orlog
melnde Raun
sicherungsf
öffentlichen
Raunho
Der Bürger
Will

Aber Kuffen
hof stehen,
gef

Für AnRe
hof lebenden,
unterfallend

Von der
dung an dar
eines wichti

Vom volle
Beerdigung
dem Angef